

2. Entscheidungen

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), Straßburg

Urteil vom 4. Dezember 2008 (Große Kammer) – in englischer und französischer Sprache ausgefertigt – Beschwerde Nr. 30562/04 u.a. (eingelegt am 16. August 2004) – S. und Michael Marper gegen Vereinigtes Königreich

Undifferenzierte Speicherung von Fingerabdrücken, Zellproben und DNA-Profilen von strafrechtlich verdächtigten, aber nicht verurteilten Personen verletzt Art. 8 EMRK / S. und Marper gegen Vereinigtes Königreich

Verfahren:

(voller Wortlaut)*

1. Der Rechtssache liegen zwei Individualbeschwerden (Nr. 30562/04 und 30566/04) gegen das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland zugrunde, die zwei britische Staatsangehörige, die Beschwerdeführer (Bf.), Herr S. (der erste Bf.) und Herr Michael Marper (der zweite Bf.) am 16. August 2004 nach Art. 34 der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten („die Konvention“) beim Gerichtshof eingereicht hatten. Der Präsident der Großen Kammer (GK) hat dem Antrag des ersten Bf. stattgegeben, seinen Namen nicht offenzulegen (Art. 47 Abs. 3 Verfo-EGMR).

2. Die Bf., denen Verfahrenskostenhilfe gewährt wurde, werden von Herrn P. Mahy, Rechtsanwalt in der Kanzlei Howells, Sheffield, vertreten. Die Regierung des Vereinigten Königreichs („die Regierung“) wird durch ihren Verfahrensbevollmächtigten, Herrn J. Grainger vom Ministerium für Auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten, vertreten.

3. Gestützt auf Art. 8 und 14 rügen die Bf., dass die Behörden ihre Fingerabdrücke, Zellproben und DNA-Profile weiter aufbewahrten, nachdem die gegen sie geführten Strafverfahren mit Freispruch beendet bzw. eingestellt worden waren.

4. Die Beschwerden wurden der Vierten Sektion des Gerichtshofs zugewiesen (Art. 52 Abs. 1 Verfo-EGMR). Am 16. Januar 2007 wurden sie von einer aus folgenden Richtern gebildeten Kammer dieser Sektion für zulässig erklärt: Josep Casadevall, *Präsident*, Nicolas Bratza, Giovanni Bonello, Kristaq Traja, Stanislav Pavlovski, Ján Šikuta, Päivi Hirvelä sowie Lawrence Early, Sektionskanzler.

5. Am 10. Juli 2007 gab die Kammer die Rechtssache an die Große Kammer ab, ohne dass eine der beiden Parteien der Abgabe widersprochen hätte (Art. 30 der Konvention sowie Art. 72 Verfo-EGMR).

6. Über die Zusammensetzung der Großen Kammer wurde gemäß Art. 27 Abs. 2 und 3 der Konvention sowie Art. 24 Verfo-EGMR entschieden.

7. Die Bf. und die Regierung gaben jeweils Stellungnahmen zur Begründetheit ab. Außerdem gaben Frau Anna Fairclough im Namen von *Liberty (the National Council for Civil Liberties)* und die Anwaltskanzlei Covington and Burling LLP im Namen von *Privacy International*, die vom Präsidenten zur Teilnahme am schriftlichen Verfahren ermächtigt worden waren, als Drittparteien Stellungnahmen ab (Art. 36 Abs. 2 der Konvention sowie Art. 44 Abs. 2 Verfo-EGMR). Beide Parteien erwiderten auf die Stellungnahme von *Liberty*, und die Regierung erwiderte auch auf die Stellungnahme von *Privacy International* (Art. 44 Abs. 5 Verfo-EGMR).

8. Im Menschenrechtsgebäude in Straßburg fand am 27. Februar 2008 eine mündliche Verhandlung statt (Art. 59 Abs. 3 Verfo-EGMR).

Dabei erschienen vor dem Gerichtshof:

a) für die Regierung: Frau E. Willmott, *Verfahrensbevollmächtigte*, unterstützt durch: Rechtsanwalt Rabin-der Singh QC, Rechtsanwalt J. Strachan; N. Fussell, Frau P. McFarlane, M. Prior, S. Bramble, Frau E. Rees, S. Sen, als *Berater*, D. Gourley, D. Loveday, als *Beobachter*;

b) für die Bf.: Rechtsanwälte S. Cragg und A. Suterwalla, P. Mahy (*Solicitor*).

Der Gerichtshof hörte die Herren S. Cragg und Rabin-der Singh QC sowie deren Antworten auf die vom Gerichtshof gestellten Fragen an.

Sachverhalt:

I. Die Umstände des Falles

9. Die 1989 bzw. 1963 geborenen Bf. wohnen in Sheffield.

10. Der erste Bf., Herr S., wurde am 19. Januar 2001 im Alter von 11 Jahren festgenommen und wegen versuchten Raubes angeklagt. Fingerabdrücke und DNA-Proben¹ wurden genommen. Am 14. Juni 2001 wurde er freigesprochen.

11. Der zweite Bf., Herr Michael Marper, wurde am 13. März 2001 festgenommen und wegen Belästigung seiner Lebensgefährtin angeklagt. Fingerabdrücke und DNA-Proben wurden genommen. Vor der gerichtlichen Vorbesprechung zur Vorbereitung der mündlichen Verhandlung hatten seine Lebensgefährtin und er sich wieder versöhnt und die Anklage wurde fallengelassen. Am 11. Juni 2001 stellte die Staatsanwaltschaft (*Crown Prosecution Service*) den Anwälten des Bf. eine Mitteilung über die Verfahrenseinstellung zu, und am 14. Juni wurde das Verfahren förmlich eingestellt.

12. Beide Bf. beantragten die Vernichtung ihrer Fingerabdrücke und DNA-Proben, was die Polizei jedoch in beiden Fällen ablehnte. Die Bf. beantragten die gerichtliche Überprüfung der Entscheidungen der Polizei, die Fingerabdrücke und Proben nicht zu vernichten. Am 22. März 2002 wies das Verwaltungsgericht (*Administrative Court*) (Lord Justice Rose und Justice Leveson) den Antrag ab [[2002] EWHC 478 (Admin)].

13. Am 12. September 2002 bestätigte das Berufungsgericht (*Court of Appeal*) die Entscheidung des Verwaltungsgerichts mit einer Mehrheit von zwei Stimmen (Chief Justice Lord Woolf und Lord Justice Waller) gegen eine Stimme (Lord Justice Sedley) [[2003] EWCA Civ 1275]. Hinsichtlich der Notwendigkeit, DNA-Proben aufzubewahren, erklärte Lord Justice Waller:

„... Persönliche Informationen sind aus Fingerabdrücken und DNA-Profilen nur begrenzt ersichtlich. Potenziell enthalten die physischen Proben viel umfassendere, viel persönlichere und viel detailliertere Daten. Es besteht die Sorge, dass der wissenschaftliche Fortschritt eines Tages eine Analyse der Proben ermöglichen könnte, die so weit geht, dass Informationen über die Neigung

* Von der EuGRZ überarbeitete nichtamtliche Übersetzung des Bundesministeriums der Justiz, Berlin. Der Gerichtshof selbst hat seinem Urteil Fußnoten beigefügt, s.u. Fn. 1-5.

¹ DNA steht für desoxyribonucleic acid (Desoxyribonukleinsäure). Es handelt sich dabei um die in praktisch jeder Zelle des Körpers vorhandene chemische Substanz und die darin enthaltenen genetischen Informationen, die in Form eines Codes oder einer Sprache die physischen Eigenschaften bestimmen und alle chemischen Prozesse im Körper steuern. Jede Person, eineiige Zwillinge ausgenommen, verfügt über eine einzigartige DNA. DNA-Proben sind Zellproben und alle daraus gewonnenen Unter- oder Teilproben, die nach Analyse der Proben aufbewahrt werden. DNA-Profile sind digitalisierte Informationen, die zusammen mit den Angaben zur betreffenden Person elektronisch in der Nationalen DNA-Datenbank gespeichert werden.

einer Person, bestimmte Straftaten zu begehen, erlangt werden könnten, und die Proben im Rahmen des Wortlauts der in Rede stehenden Bestimmung [§ 82 des Gesetzes von 2001 über die Strafgerichtsbarkeit und die Polizei (Criminal Justice and Police Act 2001)] zu diesem Zweck benutzt werden könnten. Man könnte auch vorbringen, dass das Gesetz geändert werden könnte, um die Verwendung der Proben zu anderen als den in der Bestimmung genannten Zwecken zu ermöglichen. Auch könnte vorgebracht werden, dass, solange die Proben aufbewahrt werden, auch jetzt schon die Gefahr besteht, dass in ungesetzlicher Weise von ihnen Gebrauch gemacht werden könnte. Daher wird vorgebracht, dass die Ziele auf eine weniger restriktive Art erreicht werden könnten ... Warum also kann das Ziel nicht durch Aufbewahrung der Profile, aber ohne Aufbewahrung der Proben, erreicht werden?

Die Antwort auf diese Punkte ist meiner Ansicht nach folgende. Erstens erlaubt die Aufbewahrung der Proben (a) die Überprüfung der Unversehrtheit und des künftigen Nutzens des DNA-Datenbanksystems; (b) eine erneute Analyse zur Verbesserung der Qualität der DNA-Profile, soweit neue Technologien differenziertere DNA-Abgleichsverfahren ermöglichen; (c) eine erneute Analyse und somit die Möglichkeit, weitere DNA-Marker zu extrahieren, was in Bezug auf die Schnelligkeit, Sensibilität und Kosten von Datenbank-Suchvorgängen von Nutzen wäre; (d) weitere Analysen bei der Untersuchung angeblicher Justizirrtümer; und (e) weitere Analysen zur Ermöglichung der Aufdeckung etwaiger analytischer oder verfahrenstechnischer Fehler. Diese Vorteile und die von *Liberty* benannten Risiken sind gegeneinander abzuwägen. Bezüglich dieser Risiken wird in jedem Fall die Position vertreten, dass erstens jede Änderung der Gesetzeslage mit der Konvention vereinbar sein müsste, zweitens jede Änderung in der Praxis mit der Konvention vereinbar sein müsste, und drittens nicht von einer Rechtswidrigkeit ausgegangen werden darf. Meiner Ansicht nach sind die festgestellten Risiken nicht groß, weshalb der Nutzen hinsichtlich des Ziels der Verfolgung und Verhinderung von Straftaten überwiegt.

14. Lord Justice Sedley war der Auffassung, dass die Befugnis eines Polizeipräsidenten, Daten, die er normalerweise aufbewahren würde, zu vernichten, in jedem Fall – auch wenn solche Fälle sehr selten seien – ausgeübt werden müsse, wenn er nach reiflicher Überlegung davon überzeugt sei, dass in Bezug auf die fragliche Person nicht mehr der geringste Verdacht vorliege. Er stellte auch fest, dass der Unterschied zwischen der Aufbewahrung von Proben und der Aufbewahrung von DNA-Profilen darin bestehe, dass durch die Aufbewahrung von Proben die Erlangung weiterer Informationen ermöglicht werde, als zuvor möglich gewesen sei.

15. Am 22. Juli 2004 wies das House of Lords die weitere Berufung der Bf. ab. Lord Steyn, der das Urteil im Namen der Mehrheit verkündete, verwies auf die Geschichte von § 64 (1A) des Gesetzes von 1984 über polizeiliche Beweismittel und Beweismittel in Strafsachen (Police and Criminal Evidence Act, PACE-Gesetz) und insbesondere auf die Art, in der die Bestimmung vom Parlament eingebracht worden war, nachdem die frühere Bestimmung, nach der die Probe vernichtet werden musste und die Information nicht verwendet werden durfte, wenn eine Person nicht weiter strafrechtlich verfolgt wurde oder freigesprochen worden war, in der Öffentlichkeit für Unruhe gesorgt hatte. In zwei Fällen hätten eindeutige DNA-Beweise, die einen Verdächtigen mit einer Vergewaltigung und einen anderen mit einem Mord in Verbindung gebracht hätten, nicht verwandt werden dürfen, da zum Zeitpunkt des erfolgreichen Abgleichs ein Verdächtiger bezüglich der Straftaten, für welche die Profile erstellt worden seien, freigesprochen gewesen sei und bezüglich des anderen entschieden gewesen sei, ihn deswegen nicht mehr weiter strafrechtlich zu verfolgen. Im Ergebnis habe keiner der beiden Verdächtigen verurteilt werden können.

16. Lord Steyn wies darauf hin, dass aufbewahrte Fingerabdrücke und Proben, die von Verdächtigen genommen worden seien, von beträchtlichem Wert seien. Als Beispiel führte er einen Fall aus dem Jahre 1999 an, bei dem ein Suchvorgang in der nationalen Datenbank ergeben hatte, dass die DNA-Informationen des Täters mit denen eines gewissen „I“ übereinstimmten. Die Probe von „I“ hätte vernichtet werden sollen, was jedoch nicht geschehen war. „I“ hatte sich der Vergewaltigung für schuldig erklärt und war verurteilt worden. Wäre die Probe nicht fälschlicherweise aufbewahrt worden, wäre der Täter möglicherweise nicht ermittelt worden.

17. Lord Steyn nahm auch auf statistische Daten Bezug, aus denen hervorgehe, dass fast 6.000 DNA-Profile, die nach den früheren Bestimmungen vernichtet worden wären, Profilen aus Tatortspuren zugeordnet worden seien. Bei den betreffenden Straftaten sei es in 53 Fällen um Mord, in 33 Fällen um versuchten Mord, in 94 Fällen um Vergewaltigung, in 38 Fällen um Sexualstraftaten, in 63 Fällen um schweren Raub und in 56 Fällen um den Handel mit illegalen Drogen gegangen. Anhand der vorliegenden Daten schätze die Statistikabteilung des Innenministeriums, dass eine Tatortprobe mit 40 %-iger Wahrscheinlichkeit sofort mit einem Profil übereinstimme, das in der Datenbank gespeichert sei. Dies zeige, dass die Fingerabdrücke und Proben, die jetzt aufbewahrt werden könnten, in den vorherigen drei Jahren bei der Aufklärung und Verfolgung schwerer Straftaten eine große Rolle gespielt hätten.

18. Lord Steyn wies auch darauf hin, dass das Nehmen von Fingerabdrücken und Proben, ihre Aufbewahrung und ihre Verwendung im PACE-Gesetz getrennt behandelt würden.

19. Bezüglich der Konventionsauslegung neigte Lord Steyn zu der Auffassung, dass die bloße Aufbewahrung von Fingerabdrücken und DNA-Proben keinen Eingriff in das Recht auf Achtung des Privatlebens darstelle, gab aber an, dass er, falls er sich mit dieser Auffassung irre, einen solchen Eingriff für sehr gering halte. Fragen hinsichtlich der Möglichkeit, dass aufbewahrte Proben in der Zukunft missbräuchlich verwendet werden könnten, seien in Bezug auf die aktuelle Verwendung aufbewahrter Proben im Zusammenhang mit der Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten nicht relevant. Wenn wissenschaftliche Entwicklungen dies erforderlich machen sollten, könnten bei Bedarf gerichtliche Entscheidungen getroffen werden, um die Vereinbarkeit mit der Konvention sicherzustellen. Die Vorschrift, wonach das aufbewahrte Material nur „zweckgebunden zur Verhütung oder Aufdeckung von Straftaten“ verwendet werden dürfe, weite die erlaubte Verwendung nicht unangemessen aus, da sie durch ihren Kontext beschränkt werde.

20. Für den Fall der Notwendigkeit einer Rechtfertigung des leichten Eingriffs in das Privatleben stimmte Lord Steyn mit der vom Court of Appeal von Lord Justice Sedley vertretenen Ansicht dahingehend überein, dass die Zwecke der Aufbewahrung, nämlich die Verhütung von Straftaten und der Schutz Dritter vor Kriminalität, „gesetzlich vorgesehen“ seien, wie dies Artikel 8 erfordere.

21. Hinsichtlich der Rechtfertigung eines Eingriffs hätten die Bf. vorgebracht, die Aufbewahrung von Fingerabdrücken und DNA-Proben schaffe einen Verdacht gegen Personen, die freigesprochen worden seien. Der Rechtsberater des Innenministeriums habe vorgebracht, das Ziel der Aufbewahrung habe nichts mit der Vergangenheit, also mit der Straftat, bezüglich derer eine Person freigesprochen worden sei, zu tun, sondern solle bei der Aufklärung künftiger Straftaten helfen. Die Bf. seien von der Aufbewahrung der DNA-Proben nur betroffen, wenn ihre Profile mit denen am Ort einer künftigen Straftat übereinstimmten. Lord Steyn hielt fünf Faktoren für wesentlich, die den Schluss zuließen, dass der Eingriff hinsichtlich des Ziels verhältnismäßig sei: (i) Fingerabdrücke und Proben würden nur für das begrenzte Ziel der Aufdeckung, Untersuchung

und strafrechtlichen Verfolgung von Straftaten aufbewahrt; (ii) Fingerabdrücke und Proben seien ohne am Tatort zu Abgleichszwecken genommene Fingerabdrücke bzw. Proben von keinerlei Nutzen; (iii) Fingerabdrücke würden nicht öffentlich gemacht; (iv) das ungeschulte Auge könne anhand des aufbewahrten Materials keine Person identifizieren, und (v) die sich aus der Speicherung ergebende Erweiterung der Datenbank führe zu enormen Vorteilen im Kampf gegen schwere Straftaten.

22. Als Antwort auf das Argument, das durch die Gesetzgebung verfolgte Ziel könne auch mit weniger einschneidenden Mitteln erreicht werden, nämlich durch eine von Fall zu Fall vorzunehmende Prüfung, ob die Fingerabdrücke und Proben aufzubewahren seien oder nicht, nahm Lord Steyn auf die von Lord Justice Waller im Verfahren vor dem Court of Appeal vorgetragene Auffassung Bezug:

„Wenn eine Rechtfertigung der Aufbewahrung in irgendeinem Maße mit der Ansicht der Polizei hinsichtlich des Unschuldgrades verbunden wäre, könnten Personen, die freigesprochen wurden, deren Proben jedoch aufbewahrt werden, zu Recht sagen, sie würden stigmatisiert oder diskriminiert – ich gehöre zu der Gruppe der freigesprochenen Personen, die für unschuldig gehalten werden, werde aber so behandelt, als gehöre ich nicht zu dieser Gruppe. Tatsächlich wird niemand auf irgendeine Weise stigmatisiert, wenn er einfach sagen kann, dass die rechtmäßig erlangten Proben routinemäßig aufbewahrt werden, und es im öffentlichen Interesse liegt, dass die Polizei zur Bekämpfung der Kriminalität über eine möglichst große Datenbank verfügen kann.“

23. Lord Steyn war der Ansicht, dass seine Einschätzung nicht davon beeinflusst werde, ob es sich um Proben oder DNA-Profile handele.

24. Das House of Lords wies auch die Rüge der Bf. zurück, sie würden durch die Aufbewahrung ihrer Fingerabdrücke und Proben einer diskriminierenden Behandlung unterzogen, die gegen Art. 14 der Konvention verstoße, wenn man sie mit der allgemeinen Personen-Gruppe vergleiche, von der die Polizei nicht im Verlauf strafrechtlicher Ermittlungen Fingerabdrücke und Proben genommen habe. Lord Steyn befand, dass die unterschiedliche Behandlung, auf die sich die Bf. beriefen, selbst unter der Annahme, dass die Aufbewahrung von Fingerabdrücken und Proben in den Anwendungsbereich von Art. 8 falle und daher zur Anwendbarkeit von Art. 14 führe, nicht i.S.v. Art. 14 wegen des „Status“ erfolge. Der Unterschied spiegele lediglich die historische, mit keinem persönlichen Merkmal im Zusammenhang stehende Tatsache wider, dass die Behörden bereits über rechtmäßig genommene Fingerabdrücke und Proben der betroffenen Personen verfügten. Die Bf. und deren vorgeschlagene Vergleichsgruppe befänden sich keinesfalls in einer vergleichbaren Situation. Selbst wenn es entgegen seiner Auffassung erforderlich sein sollte, die Rechtfertigung einer etwaigen Ungleichbehandlung zu prüfen, sei eine solche objektive Rechtfertigung erwiesen: Erstens sei das Element des rechtmäßigen Ziels offensichtlich gegeben, denn die gesteigerte Anzahl von Fingerabdrücken und Proben in der Datenbank diene dem Gemeinwohl an der Aufklärung und Verfolgung schwerer Straftaten und der Entlastung von Unschuldigen, und zweitens werde dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Genüge getan, denn § 64 (1A) PACE-Gesetz stelle im Hinblick auf das gesetzgeberische Ziel der Bekämpfung schwerer Straftaten objektiv eine maßvolle und verhältnismäßige Antwort dar.

25. Baroness Hale of Richmond schloss sich der Mehrheitsmeinung nicht an und war der Auffassung, die Aufbewahrung von Fingerabdrücken und DNA-Informationen stelle einen Eingriff des Staates in das Recht einer Person auf Achtung ihres Privatlebens dar und bedürfe daher ei-

ner Rechtfertigung nach der Konvention. Sie vertrat die Auffassung, dies sei ein Aspekt der informationellen Privatsphäre und es könne schwerlich, wenn überhaupt, etwas Privateres geben als das Wissen um den eigenen genetischen Bauplan. Weiterhin war sie der Auffassung, der Unterschied zwischen Fingerabdrücken und DNA-Daten werde bedeutsamer, wenn es um die Rechtfertigung ihrer Aufbewahrung gehe, denn die Rechtfertigungsgründe könnten jeweils sehr unterschiedlich sein. Mit der Mehrheit stimmte sie dahingehend überein, dass solche Rechtfertigungsgründe in den die Bf. betreffenden Fällen problemlos nachgewiesen worden seien.

II. Das einschlägige innerstaatliche Recht und das einschlägige innerstaatliche Material

A. England und Wales

1. *Police and Criminal Evidence Act 1984 (Gesetz von 1984 über polizeiliche Beweismittel und Beweismittel in Strafverfahren)*

26. Das Gesetz von 1984 über polizeiliche Beweismittel und Beweismittel in Strafverfahren (PACE-Gesetz) enthält Befugnisse zur Abnahme von Fingerabdrücken (insbes. in § 61) und Entnahme von Proben (insbes. in § 63). Nach § 61 dürfen Fingerabdrücke ohne Einwilligung des Betroffenen nur dann genommen werden, wenn ein Polizeibeamter, der mindestens im Rang eines Superintenden-ten steht, die Abnahme genehmigt, wenn dem Betroffenen eine eintragungsfähige Straftat zur Last gelegt wird oder wenn dem Betroffenen mitgeteilt worden ist, dass gegen ihn wegen einer solchen Straftat Anzeige erstattet werden wird. Vor der Abnahme der Fingerabdrücke ist dem Betroffenen mitzuteilen, dass die Abdrücke Gegenstand einer Zufallssuche in der Datenbank sein können; die erfolgte Belehrung ist schnellstmöglich zu dokumentieren. Der Grund für die Abnahme der Fingerabdrücke wird im Festnahmeprotokoll vermerkt. Entsprechende Bestimmungen gelten für die Entnahme von Proben (§ 63).

27. Die Aufbewahrung solcher Fingerabdrücke und Proben (und der entsprechenden Aufzeichnungen) ist in § 82 des Gesetzes über die Straßerichtsbarkeit und Polizei von 2001 (Criminal Justice and Police Act) geregelt, der § 64 (1A) PACE-Gesetz insoweit ersetzt hat. § 82 des Gesetzes von 2001 lautet:

„Werden – (a) von einer Person im Zusammenhang mit Ermittlungen in einer Strafsache Fingerabdrücke oder Proben genommen und (b) ist es nach Absatz 3 nicht erforderlich, diese zu vernichten, dürfen die Fingerabdrücke oder Proben aufbewahrt werden, nachdem sie die Zwecke erfüllt haben, zu denen sie genommen wurden, dürfen jedoch von niemandem zu anderen Zwecken verwendet werden als zur Verhütung oder Aufdeckung von Straftaten, zur Untersuchung einer Straftat oder zur Durchführung der Strafverfolgung. ...

(3) Werden (a) von Person im Zusammenhang mit Ermittlungen in einer Strafsache Fingerabdrücke oder Proben genommen, und ist (b) diese Person der Begehung dieser Straftat nicht verdächtig, sind diese Fingerabdrücke, sofern in den nachfolgenden Bestimmungen dieses Paragraphen nichts anderes bestimmt ist, unverzüglich zu vernichten, nachdem sie den Zwecke erfüllt haben, für den sie genommen wurden.

(3AA) Proben und Fingerabdrücke müssen nach Absatz 3 nicht vernichtet werden, wenn sie (a) zum Zwecke der Ermittlungen in einer Strafsache genommen wurden, in der eine Person schuldig gesprochen worden ist, und (b) auch für den Fall, dass von der verurteilten Person selbst zum Zwecke der Ermittlungen in dieser Sache eine Probe bzw. Fingerabdrücke genommen wurden.“

28. § 64 enthielt in seiner früheren Fassung die Anforderung, dass Fingerabdrücke und Proben, von einigen Ausnahmen abgesehen, zu vernichten waren, „sobald dies nach Abschluss des Verfahrens praktikabel war“, wenn eine Person, von der im Zusammenhang mit strafrechtlichen Ermittlungen

gen Fingerabdrücke und Proben genommen worden waren, wegen dieser Straftat freigesprochen wurde.

29. Die weitere Verwendung der nach § 64 (1A) aufbewahrten Materialien ist, außer im Hinblick auf die in der Bestimmung enthaltene Beschränkung der Verwendung, nicht gesetzlich geregelt. In *Attorney General's Reference (No 3 of 1999)* [2001] 2 AC 91, hatte das House of Lords zu prüfen, ob es zulässig sei, eine Probe, die nach dem damals geltenden § 64 PACE-Gesetz hätte vernichtet werden müssen, als Beweismittel zu verwerten. Das House of Lords war der Auffassung, dass das Verbot, eine unrechtmäßig aufbewahrte Probe zu „irgendwelchen Ermittlungszwecken“ zu verwenden, keinem gesetzlichen Verbot der Verwertung eines aufgrund einer Missachtung der Vorschrift erlangten Beweismittels gleichkomme, sondern die Frage der Zulässigkeit in das Ermessen des Tatrichters stelle.

2. Das Datenschutzgesetz (Data Protection Act) von 1998

30. Das Datenschutzgesetz wurde am 16. Juli 1998 verabschiedet, um der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 Geltung zu verschaffen (s.u. Ziff. 50). Im Sinne des Datenschutzgesetzes sind „personenbezogene Daten“ Daten, die sich auf eine lebende Person beziehen, die (a) anhand dieser Daten, oder (b) anhand dieser Daten und anderer Informationen, die im Besitz der für die Verarbeitung der Daten verantwortlichen Person sind oder wahrscheinlich in deren Besitz gelangen werden, identifiziert werden kann; dazu gehören auch alle Meinungsäußerungen über diese Person und alle Hinweise auf die diese Person betreffenden Absichten der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Person oder einer anderen Person (§ 1). „Sensible personenbezogene Daten“ sind personenbezogene Daten, die u.a. Informationen über die rassische oder ethnische Herkunft des Betroffenen, tatsächlich oder angeblich von ihm begangene Straftaten, Verfahren wegen tatsächlich oder angeblich von ihm begangener Straftaten, die Beendigung solcher Verfahren oder alle in solchen Verfahren ergangene Gerichtsurteile enthalten (§ 2).

31. Das Gesetz legt fest, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten acht Grundsätzen des Datenschutzes unterliegt, die in Anhang 1 (Schedule 1) aufgeführt sind. Der erste Grundsatz besagt, dass personenbezogene Daten fair und rechtmäßig zu verarbeiten sind, und insbesondere nur verarbeitet werden dürfen wenn (a) mindestens eine der in Anhang 2 aufgeführten Bedingungen erfüllt ist, und (b) im Falle sensibler personenbezogener Daten mindestens eine der in Anhang 3 aufgeführten Bedingungen ebenfalls erfüllt ist. Anhang 2 enthält eine detaillierte Liste von Bedingungen und besagt u.a., dass die Verarbeitung aller personenbezogenen Daten im Interesse der Rechtspflege oder für die Wahrnehmung anderer öffentlicher Funktionen durch eine im öffentlichen Interesse tätige Person erforderlich sein muss (Abs. 5 lit. a und d). Anhang 3 enthält eine noch detailliertere Liste von Bedingungen, einschließlich jener, dass die Verarbeitung sensibler personenbezogener Daten zum Zwecke von oder im Zusammenhang mit gerichtlichen Verfahren (Abs. 6 lit. a) oder im Interesse der Rechtspflege (Abs. 7 lit. a) erforderlich sein muss und unter angemessenen Vorkehrungen zum Schutz der Rechte und Freiheiten der Betroffenen zu erfolgen hat (Abs. 4 lit. b). § 29 legt insbesondere fest, dass auf personenbezogene Daten, die für die Verhütung oder Aufklärung von Straftaten verarbeitet werden, der erste Grundsatz nur insoweit anwendbar ist, als er die Einhaltung der in Anhang 2 und Anhang 3 genannten Bedingungen erfordert. Nach dem fünften Grundsatz dürfen personenbezogene Daten, die zweckbezogen verarbeitet werden, nicht länger aufbewahrt werden, als dies für den jeweiligen Zweck erforderlich ist.

32. Der nach dem erwähnten Gesetz (in der nunmehr geltenden Fassung) eingesetzte Datenbeauftragte (Information Commissioner) hat unabhängig davon die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die für die Daten verantwortlichen Personen die Regeln pflichtgemäß einhalten, dazu kann er Durchführungsanordnungen (enforcement notices) erlassen (§ 40). Nach dem Gesetz stellt die Nichtbeachtung einer Durchführungsanordnung (§ 47) oder die Beschaffung oder Offenlegung darin enthaltener personenbezogener Daten ohne Genehmigung der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Person (§ 55) eine strafbare Handlung dar. § 13 gewährt das Recht, vor den innerstaatlichen Gerichten für Verletzungen des Gesetzes Schadensersatz zu fordern.

3. Richtlinien von 2006 über die Speicherung namentlicher Eintragungen im Nationalen Polizeicomputer (Retention Guidelines for Nominal Records on the Police National Computer 2006)

33. Der Verband Leitender Polizeibeamten in England und Wales (Association of Chief Police Officers in England and Wales) hat im Jahr 2006 Richtlinien über die Speicherung von Fingerabdrücken und DNA-Informationen im nationalen Polizeicomputer, dem PNC (Police National Computer) ausgearbeitet. Diese Richtlinien basieren auf dem Konzept, eher den Zugang zu den im Police National Computer gespeicherten Daten zu beschränken, als deren Löschung vorzusehen. Es wird davon ausgegangen, dass die Einführung der Richtlinien Auswirkungen auf die Arbeit von nichtpolizeilichen Stellen haben könnte, mit denen die Polizei derzeit die PNC-Daten teilt.

34. Die Richtlinien sehen verschiedene Abstufungen der Zugangsberechtigung zu den im PNC-System enthaltenen Informationen in Form von sogenannten degressiven Berechtigungen (stepping down) vor. Der Zugang zu Informationen über Personen, die keiner Straftat schuldig gesprochen wurden, wird automatisch „beschränkt“, so dass nur die Polizei diese Informationen einsehen kann. Der Zugang zu Informationen über verurteilte Personen wird, in Abhängigkeit von der Schwere der Straftat, dem Alter des Betroffenen und der auferlegten Strafe, ebenfalls „beschränkt“, wenn bestimmte Fristen, deren Dauer 5 bis 35 Jahre beträgt, abgelaufen sind. Bei gewissen Verurteilungen wird der Zugang überhaupt nicht beschränkt.

35. Leitende Polizeibeamte sind für die Kontrolle des von ihren Mitgliedern eingegebenen Datenbestands im PNC zuständig. Es liegt in ihrem Ermessen, unter außergewöhnlichen Umständen jedwede Löschung von Daten anzuordnen (seien es Verurteilungen, Bußgeldbescheide wegen Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung, Freisprüche oder auch die Beschreibung von Gesamtzusammenhängen bei der Verhaftung), vorausgesetzt die Daten „gehören“ ihnen. Als Hilfsmittel bei der Ermessensübung dienen den Leitenden Polizeibeamten das in Anhang 2 formulierte „Verfahren zur Behandlung außergewöhnlicher Fälle“ (exceptional case procedure). Vorgeschlagen wird, dass außergewöhnliche Fälle per definitionem selten sind und Fälle umfassen, in denen die ursprüngliche Verhaftung oder Probennahme unrechtmäßig war oder in denen ohne jeden Zweifel erwiesen wurde, dass keine Straftat vorlag. Der leitende Beamte ist angewiesen, vor einer Entscheidung darüber, ob ein Fall als außergewöhnlich anzusehen ist, bei der Projektgruppe DNA- und Fingerabdruckspeicherung (DNA and Fingerprint Retention Project) Rat einzuholen.

B. Schottland

36. Nach dem schottischen Strafverfahrensgesetz von 1995 in der nunmehr geltenden Fassung (Criminal Procedure Act of Scotland), sind DNA-Proben und die damit erstellten DNA-Profilen im Falle einer Nichtverurteilung

oder unbeschränkten Entlassung des Betroffenen zu vernichten. Diese Regelung wurde in jüngerer Zeit dahingehend eingeschränkt, dass biologische Proben und Profile selbst ohne Verurteilung drei Jahre lang gespeichert werden dürfen, wenn der Festgenommene bestimmter Sexual- oder Gewaltstraftaten verdächtig ist (§ 83 des Gesetzes von 2006, durch den § 18A in das Gesetz von 1995 eingefügt wurde). Danach sind die Proben und Informationen zu vernichten, sofern der Polizeipräsident nicht beim Sheriff Court eine Verlängerung um zwei Jahre beantragt.

C. Nordirland

37. Die nordirische Verordnung von 1989 über polizeiliche Beweismittel und Beweismittel in Strafverfahren (Police and Criminal Evidence Order of Northern Ireland 1989) wurde 2001 auf dieselbe Weise abgeändert, wie das in England und Wales anwendbare PACE-Gesetz. Die einschlägigen aktuellen Bestimmungen zur Aufbewahrung von Fingerabdrücken und DNA-Daten in Nordirland sind mit denen in England und Wales identisch (s.o. Ziff. 27).

D. Der Bericht des Nuffield Council on Bioethics²

38. Laut einem aktuellen Bericht des Nuffield Council on Bioethics ist die Speicherung von Fingerabdrücken, DNA-Profilen und biologischen Proben im Allgemeinen umstrittener als die Erhebung solcher biologischer Daten, und die Aufbewahrung biologischer Proben ist im Hinblick auf das Niveau der Informationen, die diesen Proben entnommen werden könnten, ethisch bedenklicher als die Speicherung digitalisierter DNA-Profile und Fingerabdrücke. Der Bericht verwies insbesondere auf das Fehlen zufriedenstellender empirischer Belege zur Rechtfertigung der aktuellen Praxis der unbegrenzten Aufbewahrung von Fingerabdrücken, Proben und DNA-Profilen aller wegen einer eintragungsfähigen Straftat festgenommenen Personen, unabhängig davon, ob diese später angeklagt oder verurteilt werden. Angesichts der Erfordernisse aus der UN-Konvention von 1989 über die Rechte des Kindes äußerte sich der Bericht besonders besorgt über die dauerhafte Aufbewahrung der Bioinformationen minderjähriger Personen.

39. In dem Bericht wurden auch Bedenken über die steigende Verwendung von DNA-Daten zur Verwandtschaftsanalyse (familial searching), zur Ableitung der ethnischen Zugehörigkeit und zu ermittlungsfremden Zwecken zum Ausdruck gebracht. Die Verwandtschaftsanalyse ist das Verfahren, mit dem aus Tatortspuren gewonnene DNA-Profile mit in der nationalen Datenbank gespeicherten Profilen abgeglichen werden, welche dann in eine auf „Treffer-Ähnlichkeit“ basierende Rangfolge gebracht werden. So können mögliche genetische Verwandte eines Straftäters identifiziert werden. Die Verwandtschaftsanalyse könnte daher dazu führen, dass zuvor unbekannte oder verborgene genetische Verwandtschaftsbeziehungen aufgedeckt werden. In dem Bericht wurde die Verwendung der DNA-Datenbank zur Verwandtschaftssuche als besonders sensibel angesehen.

40. Eine bestimmte Kombination von Allelen³ in einem DNA-Profil kann darüber hinaus zur Bestimmung der mutmaßlichen ethnischen Zugehörigkeit des Betroffenen verwandt werden. Dem Bericht zufolge lassen sich über DNA-Profile Rückschlüsse auf die ethnische Zugehörigkeit ziehen, weil das individuelle „ethnische Erscheinungsbild“ systematisch in der Datenbank erfasst wird: Bei der Abnahme biologischer Proben teilen Polizeibeamte Verdächtige routinemäßig in eine von sieben auf dem „ethnischen Erscheinungsbild“ beruhende Kategorien ein. Durchsuchungen der Datenbank anhand des Kriteriums der ethnischen Zugehörigkeit könnten so Rückschlüsse zulassen, die bei polizeilichen Ermittlungen beispielsweise zur Verkleinerung eines „Verdächtigen-Pools“ oder zur Setzung von Prioritäten verwandt werden könnten.

In dem Bericht wurde festgestellt, dass soziale Faktoren und polizeiliche Praktiken dazu führen, dass eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Angehörigen der schwarzen Bevölkerungsminderheit und anderer ethnischer Minderheiten von der Polizei angehalten, durchsucht und verhaftet werden, was zu einer Speicherung ihrer DNA-Profile führt; daher wurde die Besorgnis geäußert, dass rassistische Anschauungen hinsichtlich des Hanges zu Straftaten gestärkt werden könnten, wenn aus biologischen Proben Rückschlüsse auf die ethnische Identität gezogen werden.

III. Einschlägige nationale und internationale Materialien

A. Europaratstexte

41. Das Europaratsübereinkommen von 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten („die Datenschutzkonvention“), die für das Vereinigte Königreich am 1. Dezember 1987 in Kraft trat, definiert „personenbezogene Daten“ als jede Information über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person („Betroffener“). Die Konvention sieht u.a. Folgendes vor:

„Artikel 5 – Qualität der Daten

Personenbezogene Daten, die automatisch verarbeitet werden: ...

b. müssen für festgelegte und rechtmäßige Zwecke gespeichert sein und dürfen nicht so verwendet werden, dass es mit diesen Zwecken unvereinbar ist;

c. müssen den Zwecken, für die sie gespeichert sind, entsprechen, dafür erheblich sein und dürfen nicht darüber hinausgehen;

...

e. müssen so aufbewahrt werden, dass der Betroffene nicht länger identifiziert werden kann, als es die Zwecke, für die sie gespeichert sind, erfordern.

Artikel 6 – Besondere Arten von Daten

Personenbezogene Daten, welche die rassische Herkunft, politische Anschauungen oder religiöse oder andere Überzeugungen erkennen lassen, sowie personenbezogene Daten, welche die Gesundheit oder das Sexualleben betreffen, dürfen nur automatisch verarbeitet werden, wenn das innerstaatliche Recht einen geeigneten Schutz gewährleistet. (...)

Artikel 7 – Datensicherung

Für den Schutz personenbezogener Daten, die in automatisierten Dateien/Datensammlungen gespeichert sind, werden geeignete Sicherungsmaßnahmen getroffen gegen die zufällige oder unbefugte Zerstörung, gegen zufälligen Verlust sowie unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung oder unbefugtes Bekanntgeben.

42. In der (am 17. September 1987 verabschiedeten) Empfehlung Nr. R (87) 15 zur Regelung der Nutzung personenbezogener Daten im Polizeibereich heißt es u.a.:

„Grundsatz 2 – Erhebung von Daten

2.1 Die Erhebung personenbezogener Daten zu polizeilichen Zwecken sollte sich auf das für die Abwendung einer realen Gefahr oder die Verhinderung einer bestimmten Straftat Erforderliche beschränken. Ausnahmen von dieser Vorschrift sollten Gegenstand spezieller nationaler Gesetzgebung sein. ...

² Der Nuffield Council on Bioethics ist ein unabhängiges Expertengremium aus Klinikärzten, Rechtsanwälten, Philosophen, Wissenschaftlern und Theologen, das 1991 von der Nuffield-Stiftung gegründet wurde. Der vorliegende Bericht wurde am 18. September 2007 unter dem Titel „The forensic use of bioinformation: ethical issues“ [Die forensische Verwertung von Bioinformationen: Ethische Aspekte] veröffentlicht.

³ Allele sind zwei oder mehr Alternativformen eines bestimmten Gens. Verschiedene Allele können zu verschiedenen Formen des durch das Gen kodierten Merkmals führen (World Encyclopedia. Philip's, 2008. Oxford Reference Online. Oxford University Press).

Grundsatz 3 – Speicherung von Daten

3.1. Soweit wie möglich sollte sich die Speicherung personenbezogener Daten zu polizeilichen Zwecken auf sachlich richtige Daten und solche Daten beschränken, welche polizeiliche Stellen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben im Rahmen des nationalen Rechts und ihrer Verpflichtungen aus dem Völkerrecht benötigen.

Grundsatz 7 – Dauer der Speicherung und Aktualisierung von Daten

7.1. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, damit personenbezogene, zu polizeilichen Zwecken aufbewahrte Daten gelöscht werden, wenn sie zu den Zwecken, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden.

Zu diesem Zweck sind insbesondere folgende Kriterien zu berücksichtigen: Die Notwendigkeit der Datenspeicherung im Lichte des Abschlusses der Untersuchung eines bestimmten Falles; eine endgültige gerichtliche Entscheidung, insbesondere ein Freispruch; Rehabilitation; verbüßte Strafen; Begnadigungen, Alter des Betroffenen; besondere Datenkategorien.“

43. In der Empfehlung Nr. R(92)1 über die Anwendung der DNA-Analyse im Rahmen der Strafrechtspflege (verabschiedet am 10. Februar 1992) heißt es u.a.:

„3. Verwendung der Proben und der daraus gewonnenen Informationen

Die zum Zwecke der DNA-Analyse gewonnenen Proben und die mit dieser Analyse zum Zwecke der Untersuchung und Verfolgung von Straftaten erlangten Informationen dürfen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden. ...

Möglicherweise werden Proben, die für eine DNA-Analyse gewonnen wurden, sowie die daraus erlangten Proben für wissenschaftliche und statistische Zwecke benötigt. Solche Verwendungen sind akzeptabel, sofern die Identität des Betroffenen nicht festgestellt werden kann. Daher müssen Namen und andere Identifizierungshinweise vor einer solchen Verwendung entfernt werden.

4. Entnahme von Proben zur DNA-Analyse

Die Entnahme von Proben zur DNA-Analyse sollte nur unter den im innerstaatlichen Recht festgelegten Umständen erfolgen, wobei davon auszugehen ist, dass hierzu in einigen Staaten die besondere Genehmigung einer Justizbehörde erforderlich ist ...

8. Speicherung von Proben und Daten

DNA- oder andere Gewebeproben, die Betroffenen zur DNA-Analyse entnommen worden sind, sollten nach Ergehen der endgültigen Entscheidung in der Rechtssache, für die sie verwendet wurden, nur noch aufbewahrt werden, wenn es zu den Zwecken erforderlich ist, die unmittelbar mit denen zusammenhängen, zu denen sie gewonnen wurden.

Es sollten Maßnahmen getroffen werden, um sicherzustellen, dass die Ergebnisse der DNA-Analyse vernichtet werden, wenn sie für die Zwecke, zu denen sie verwendet wurden, nicht mehr aufbewahrt werden müssen. Die Ergebnisse der DNA-Analyse und die daraus gewonnenen Informationen dürfen jedoch aufbewahrt werden, wenn der Betroffene wegen schwerer Straftaten gegen das Leben, die Unversehrtheit oder die Sicherheit von Menschen verurteilt worden ist. In solchen Fällen sollte das innerstaatliche Recht strenge Speicherungsfristen festlegen.

DNA- und andere Gewebeproben sowie die aus ihnen erlangten Informationen dürfen für längere Zeiträume gespeichert werden,

- wenn der Betroffene darum ersucht, oder
- wenn die Probe keiner Person zugeordnet werden kann, weil sie z. B. an einem Tatort gefunden worden ist.

Wo es um die Sicherheit des Staates geht, kann das innerstaatliche Recht des Mitgliedsstaates die Aufbewahrung der Proben, der Ergebnisse der DNA-Analyse und der daraus gewonnenen Informationen auch dann erlauben, wenn der Betroffene nicht wegen einer Straftat angeklagt oder verurteilt worden ist. In solchen Fällen sollte das innerstaatliche Recht strenge Speicherungsfristen festlegen. ...“

44. In dem Erläuternden Bericht zu der Empfehlung heißt es zu Punkt 8:

„47. Die Arbeitsgruppe war sich darüber im Klaren, dass die Abfassung der Empfehlung 8 eine heikle Angelegenheit war, bei der es um verschiedene geschützte Interessen sehr schwieriger Art ging. Es war erforderlich, diese

Interessen im richtigen Verhältnis gegeneinander abzuwägen. Sowohl die Europäische Menschenrechtskonvention als auch die Datenschutzkonvention sehen im Interesse der Bekämpfung von Straftaten und des Schutzes der Rechte und Freiheiten Dritter Ausnahmen vor. Diese Ausnahmen sind jedoch nur zulässig, soweit sie in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind. ...

49. Da die Probennahme und Durchführung der DNA-Analyse primär der Identifizierung von Straftätern und der Entlastung von Verdächtigen dienen, sollten die Daten gelöscht werden, wenn gegen die Betroffenen kein Verdacht mehr besteht. Daraufhin stellt sich die Frage, wie lange die DNA-Ergebnisse und die Proben, aus denen sie stammen, im Falle eines Schuldspruchs gespeichert werden können.

50. Die allgemeine Regel sollte lauten, dass die Daten gelöscht werden, wenn sie zu den Zwecken, zu denen sie erhoben und verwendet wurden, nicht mehr benötigt werden. Dies sollte im Allgemeinen dann der Fall sein, wenn hinsichtlich der Schuld des Straftäters eine endgültige Entscheidung ergangen ist. Mit „endgültiger Entscheidung“ sollte nach Auffassung des CAHBI (Ad hoc-Sachverständigenausschuss für Bioethik) normalerweise eine gerichtliche Entscheidung nach innerstaatlichem Recht gemeint sein. Die Arbeitsgruppe erkannte jedoch an, dass ein Bedürfnis bestehe, in bestimmten Fällen und für bestimmte Kategorien von Straftaten, die man wegen der Schwere der Straftaten als Umstände ansehen könne, die eine andere Lösung rechtfertigten, Datenbanken einzurichten. Zu diesem Schluss war die Arbeitsgruppe nach einer gründlichen Analyse der einschlägigen Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Datenschutzkonvention und anderer im Rahmen des Europarats entworfener Rechtsinstrumente gelangt. Zusätzlich berücksichtigte die Arbeitsgruppe, dass alle Mitgliedsstaaten ein Strafregister führen, das zu den Zwecken der Strafrechtspflege verwendet werden darf. Sie berücksichtigte, dass eine solche Ausnahme unter bestimmten strengen Bedingungen zulässig wäre:

- wenn eine Verurteilung erfolgt ist;
- wenn die Verurteilung wegen einer schweren Straftat gegen das Leben, die Unversehrtheit und Sicherheit einer Person erfolgt ist;
- die Speicherdauer streng befristet ist;
- die Speicherung gesetzlich definiert und geregelt ist;
- die Speicherung einer Kontrolle durch das Parlament oder einer unabhängigen Aufsichtsbehörde unterliegt ...“

B. Recht und Praxis in den Mitgliedstaaten des Europarats

45. Nach den Informationen, die dem Gerichtshof von den Parteien zugeleitet wurden oder sonst vorliegen, ist die zwangsweise Abnahme von Fingerabdrücken bzw. die zwangsweise Entnahme von Zellproben in den meisten Mitgliedstaaten des Europarats im Rahmen von Strafverfahren erlaubt. Mindestens 20 Mitgliedstaaten sehen die Erhebung von DNA-Informationen und deren Speicherung in nationalen Datenbanken oder anderen Speichermedien vor (Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland,⁴ Italien,⁵ Lettland, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich,

⁴ Recht und Praxis in Irland richten sich derzeit nach dem Criminal Justice (Forensic Evidence) Act 1990 (Gesetz von 1990 über die Strafrechtspflege [Forensisches Beweismaterial]). Die Regierung hat einen neuen Gesetzesentwurf verabschiedet, um die Verwertung und Speicherung von DNA-Informationen in einer nationalen Datenbank auszuweiten. Der Gesetzesentwurf ist vom Parlament noch nicht verabschiedet worden.

⁵ Das Gesetzesdekret vom 30. Oktober 2007 zur Errichtung einer nationalen DNA-Datenbank wurde von der italienischen Regierung und vom Senat verabschiedet. Das Dekret lief jedoch schließlich ab, ohne dass es formell in ein Gesetz umgewandelt worden wäre, da in der Abfassung ein Fehler entdeckt wurde. Eine korrigierte Fassung des Dekrets wird für 2008 erwartet.

Polen, Spanien, Schweden, die Schweiz, Tschechien und Ungarn). Die Zahl dieser Staaten wächst ständig.

46. In den meisten dieser Länder (einschließlich Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Spanien, Schweden und Ungarn) erfolgt die Erhebung von DNA-Informationen im Zusammenhang mit Strafverfahren nicht systematisch, sondern beschränkt sich auf bestimmte Umstände und/oder schwerere Straftaten, insbesondere solche, die mit Freiheitsstrafen von bestimmter Dauer bestraft werden.

47. Das Vereinigte Königreich ist der einzige Mitgliedstaat, der ausdrücklich erlaubt, dass DNA-Profile und Zellproben von Personen aufbewahrt werden, die freigesprochen wurden oder bezüglich derer das Strafverfahren eingestellt wurde. Fünf Staaten (Belgien, Irland, Italien, Schweden und Ungarn) verlangen, dass solche Informationen bei einem Freispruch oder einer Einstellung des Strafverfahrens von Amts wegen vernichtet werden. In zehn anderen Staaten gilt, mit bestimmten eng begrenzten Ausnahmen, dieselbe allgemeine Regel. In Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden dürfen solche Informationen gespeichert werden, wenn die betroffene Person weiterhin verdächtig ist oder in einem gesonderten Fall weitere Ermittlungen erforderlich sind; Österreich erlaubt die Speicherung, wenn die Gefahr besteht, dass der Verdächtige eine schwere Straftat begehen wird, und für Polen gilt in Bezug auf bestimmte schwere Straftaten das Gleiche; Norwegen und Spanien erlauben die Speicherung von Profilen, wenn der Angeklagte wegen fehlender Schuldfähigkeit freigesprochen wird; Finnland und Dänemark erlauben im Falle eines Freispruchs die Speicherung für ein Jahr bzw. 10 Jahre, die Schweiz nach Einstellung des Verfahrens die Speicherung für ein Jahr. In Frankreich dürfen DNA-Profile nach einem Freispruch oder einer Verfahrenseinstellung für 25 Jahre gespeichert werden; während dieser Frist kann der Staatsanwalt aus eigenem Antrieb oder aufgrund eines Ersuchens ihre frühere Löschung anordnen, wenn die Speicherung zu Identifizierungszwecken im Zusammenhang mit strafrechtlichen Ermittlungen nicht mehr erforderlich ist. Auch in Estland und Lettland scheint die Speicherung von DNA-Profilen verdächtiger Personen nach einem Freispruch noch für einen gewissen Zeitraum erlaubt zu sein.

48. Die Speicherung der DNA-Profile verurteilter Personen ist im Allgemeinen für eine begrenzte Zeit nach der Verurteilung oder nach dem Tod des Verurteilten erlaubt. Das Vereinigte Königreich scheint also der einzige Mitgliedstaat zu sein, in dem die systematische und zeitlich nicht begrenzte Aufbewahrung sowohl von DNA-Profilen als auch von Proben verurteilter Personen ausdrücklich erlaubt ist.

49. In den meisten Mitgliedstaaten sind Verfahren vorgesehen, durch die vor Datenschutzgremien und/oder Gerichten gegen Entscheidungen, durch die eine Entnahme von Zellproben oder eine Speicherung von Proben oder DNA-Profilen angeordnet wird, Beschwerde erhoben werden kann.

C. Europäische Union

50. Die Richtlinie 95/46/EG vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr besagt, dass die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Ziel haben, insbesondere das in Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention und in den allgemeinen Grundsätzen des Gemeinschaftsrechts anerkannte Recht auf Privatsphäre zu gewährleisten. Die Richtlinie führt eine Reihe von Grundsätzen auf, mit denen die in der Datenschutzkonvention des Europarats enthaltenen Grundsätze konkretisiert und erweitert werden. Sie erlaubt den Mitglied-

staaten, Rechtsvorschriften zu erlassen, welche die in der Richtlinie vorgesehenen Pflichten und Rechte beschränken, wenn eine solche Beschränkung eine insbesondere zur Verhütung, Ermittlung, Feststellung und Verfolgung von Straftaten erforderliche Maßnahme darstellt (Art. 13).

51. Der Prümmer Vertrag über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration, der von mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union am 27. Mai 2005 unterzeichnet wurde, enthält Regelungen über die Weitergabe von Fingerabdruck- und DNA-Daten an andere Vertragsparteien und den automatisierten Abgleich solcher Daten mit den Datensätzen in deren einschlägigen Datenbanken. Der Vertrag sieht u.a. Folgendes vor:

„Artikel 35 – Zweckbindung

2. ... Die Datei führende Vertragspartei darf die [...] übermittelten Daten ausschließlich verarbeiten, soweit dies zur Durchführung des Abgleichs, zur automatisierten Beantwortung der Anfrage oder zur Protokollierung [...] erforderlich ist. Nach Beendigung des Datenabgleichs oder nach der automatisierten Beantwortung der Anfrage werden die übermittelten Daten unverzüglich gelöscht, soweit nicht die Weiterverarbeitung zu den [...] genannten Zwecken erforderlich ist.“

52. Art. 34 gewährleistet ein Datenschutzniveau, das zumindest dem entspricht, das sich aus dem Datenschutzübereinkommen ergibt, und verpflichtet die Vertragsparteien, die Empfehlung Nr. R (87) 15 des Ministerkomitees des Europarats zu beachten.

53. Der Rahmenbeschluss des Rates vom 24. Juni 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, sieht u.a. Folgendes vor:

„Artikel 5

Festlegung von Lösungs- und Prüffristen

Für die Löschung von personenbezogenen Daten oder eine regelmäßige Überprüfung der Notwendigkeit ihrer Speicherung sind angemessene Fristen vorzusehen. Durch verfahrensrechtliche Vorkehrungen ist sicherzustellen, dass diese Fristen eingehalten werden.“

D. Rechtsprechung in anderen Gerichtsbarkeiten

54. In der Rechtssache R v. RC [[2005] 3 S.C.R. 99, 2005 SCC 61] prüfte das Oberste Gericht Kanadas (Supreme Court of Canada) die Frage der Speicherung der DNA-Probe eines jugendlichen Ersttätlers in der nationalen Datenbank. Das Gericht bestätigte die Entscheidung des Tatrichters, der im Lichte der Grundsätze und Ziele der Bestimmungen des Jugendstrafrechts festgestellt hatte, dass die Folgen einer DNA-Speicherung grob unverhältnismäßig wären. Richter Fish stellte in seinem Votum Folgendes fest:

„Von größerem Belang sind jedoch die Folgen, welche eine Anordnung für die Interessen des Betroffenen hinsichtlich der Achtung seiner informationellen Privatsphäre hätte. In R. v. Plant, [1993] 3 S.C.R. 281, auf Seite 293, stellte das Gericht fest, dass § 8 der kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten den ‚biographischen Kernbereich der personenbezogenen Informationen, den Personen in einer freien und demokratischen Gesellschaft bewahren und kontrollieren wollen, vor einer Weitergabe an den Staat‘ schützen. Die DNA einer Person enthält ‚das höchste Niveau personenbezogener und privater Informationen‘: S.A.B., Ziff. 48. Im Gegensatz zu einem Fingerabdruck ist es möglich, ihr die intimsten Details des biologischen Bauplans einer Person zu entnehmen. ... Die Entnahme und Aufbewahrung einer DNA-Probe ist keine triviale Angelegenheit und stellt ohne ein zwingendes öffentliches Interesse einen schweren Eingriff in das Recht des Betroffenen auf Achtung seiner persönlichen und informationellen Privatsphäre dar.“

E. Das UN-Übereinkommen von 1989 über die Rechte des Kindes

55. Art. 40 der UN-Konvention vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes beinhaltet das Recht jedes Kindes, das der Verletzung der Strafgesetze verdächtigt, beschuldigt oder überführt wird, in einer Weise behandelt zu werden, die das Gefühl des Kindes für die eigene Würde und den eigenen Wert fördert, seine Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten anderer stärkt und das Alter des Kindes sowie die Notwendigkeit berücksichtigt, seine soziale Wiedereingliederung sowie die Übernahme einer konstruktiven Rolle in der Gesellschaft durch das Kind zu fördern.

IV. Stellungnahmen Dritter

56. Der *National Council for Civil Liberties* („Liberty“) legte Gerichtsurteile und wissenschaftliche Materialien vor, in denen u.a. der hochsensible Charakter von Zellproben und DNA-Profilen sowie die Auswirkungen ihrer behördlichen Speicherung auf das Privatleben betont wurden.

57. *Privacy International* nahm auf bestimmte vom Europarat erstellte Kernregeln und -prinzipien des Datenschutzes Bezug und betonte deren große Bedeutung für die Auslegung des in Art. 8 der Konvention verankerten Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Betont wurden insbesondere die „strengen Fristen“, die in der Empfehlung Nr. R (92) 1 für die Speicherung von Zellproben und DNA-Profilen empfohlen wurden. Darüber hinaus wies *Privacy International* darauf hin, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen, insbesondere Jugendliche, in der nationalen DNA-Datenbank des Vereinigten Königreiches überrepräsentiert seien und eine solche Situation zu mangelnder Fairness führen könne. Auch die Verwendung von Daten zur Verwandtschaftsanalyse und zu weitergehenden Forschungszwecken gebe Anlass zur Sorge. *Privacy International* stellte auch eine Zusammenfassung von Vergleichsdaten zum Recht und zur Praxis der DNA-Speicherung in verschiedenen Ländern zur Verfügung und betonte, dass es diesbezüglich viele Einschränkungen und Garantien gebe.

Entscheidungsgründe:

I. Behauptete Verletzung von Art. 8 der Konvention

58. Gestützt auf Art. 8 der Konvention rügten die Bf. die Speicherung ihrer Fingerabdrücke, Zellproben und DNA-Profile nach § 64 (1A) des Gesetzes von 1984 über polizeiliche Beweismittel und Beweismittel in Strafverfahren (PACE-Gesetz). Art. 8 lautet, soweit maßgeblich, wie folgt:

- „1. Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- (...)lebens ...
2. Eine Behörde darf in die Ausübung dieses Rechts nur eingreifen, soweit der Eingriff gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist ... zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Verhütung von Straftaten ...“

A. Vorliegen eines Eingriffs in das Privatleben

59. Der Gerichtshof wird zunächst prüfen, ob die behördliche Speicherung der Fingerabdrücke, DNA-Profile und Zellproben der Bf. einen Eingriff in ihr Privatleben darstellt.

1. Die Stellungnahmen der Parteien

a) Die Bf.

60. Die Bf. brachten vor, dass die Speicherung ihrer Fingerabdrücke, Zellproben und DNA-Profile einen Eingriff in ihr Recht auf Achtung ihres Privatlebens darstelle, da die Speicherung maßgeblich mit ihrer persönlichen Identität verbunden sei und personenbezogene Informationen betreffe, bezüglich derer sie das Verfügungsrecht hätten. Sie erinnerten daran, dass die ursprüngliche Gewinnung solcher Bioinformationen nach ständiger Rechtsprechung eine Frage nach Art. 8

aufwerfe und ihre Aufbewahrung aufgrund der Fülle privater Informationen, die anderen dann auf Dauer zur Verfügung gestellt würden und daher nicht mehr unter der Verfügungsgewalt des Betroffenen stünden, noch umstrittener sei. Sie wiesen insbesondere auf das soziale Stigma und die psychologischen Auswirkungen hin, die in Kinder betreffenden Fällen mit einer solchen Aufbewahrung verbunden seien, was den Eingriff in das Recht auf Privatleben in Bezug auf den ersten Bf. noch gravierender mache.

61. Sie vertraten die Auffassung, dass die Rechtsprechung der Konventionsorgane, ebenso wie die kürzlich ergangene innerstaatliche Entscheidung des *Information Tribunal (Chief Constables of West Yorkshire, South Yorkshire and North Wales Police v. the Information Commissioner)*, [2005] UK IT EA 2005 0010 (12. Oktober 2005), 173), dieses Vorbringen stütze. Die letztgenannte Entscheidung nehme auf die Rede von Baroness Hale of Richmond im House of Lords (s.o. Ziff. 25) Bezug und folge bei der Entscheidung über eine ähnliche, die Anwendung von Art. 8 auf die Speicherung von Verurteilungsdaten betreffende Frage im Wesentlichen ihren Feststellungen.

62. Sie betonten weiterhin, dass die Aufbewahrung von Zellproben mit einem noch größeren Eingriff in die Rechte nach Art. 8 verbunden sei, da diese die vollständigen genetischen Informationen über eine Person enthielten, einschließlich genetischer Informationen über ihre Verwandten. Es sei nicht von Bedeutung, ob die Informationen tatsächlich aus den Proben gewonnen würden oder in einem bestimmten Fall ein Schaden verursacht werde, denn eine Person habe ein Recht darauf, dass sichergestellt sei, dass solche Informationen, die grundsätzlich ihr gehörten, privat blieben und nicht ohne ihre Einwilligung weitergegeben oder zugänglich gemacht würden.

b) Die Regierung

63. Die Regierung erkannte an, dass Fingerabdrücke, DNA-Profile und Proben in den Händen von Personen, welche die Betroffenen identifizieren könnten, „personenbezogene Daten“ im Sinne des Datenschutzgesetzes seien. Sie war jedoch der Auffassung, dass die bloße Aufbewahrung von Fingerabdrücken, DNA-Profilen und Proben für die nach § 64 PACE-Gesetz zulässige eingeschränkte Verwendung nicht unter das Recht auf Achtung des Privatlebens nach Art. 8 Abs. 1 der Konvention falle. Im Unterschied zur ursprünglichen Gewinnung dieser Daten stelle ihre Aufbewahrung keinen Eingriff in die physische und psychische Unversehrtheit der Betroffenen dar und verletze auch nicht ihr Recht auf persönliche Entwicklung, ihr Recht, Beziehungen zu anderen Menschen einzugehen und zu entwickeln, oder ihre Recht auf Selbstbestimmung.

64. Die Regierung brachte vor, dass die wirklichen Sorgen der Bf. die Furcht vor einer künftigen Verwendung gespeicherter Proben, vor künftigen Methoden der Analyse des DNA-Materials und vor möglichen Eingriffen in das Privatleben mittels aktiver Überwachung betreffen. Sie betonte in diesem Zusammenhang, dass das erlaubte Maß der Verwendung des Materials durch die Gesetzesvorschriften, die technologischen Verfahren der Erstellung der DNA-Profile und die Art des extrahierten DNA-Profiles ausdrücklich und eindeutig begrenzt werde.

65. Das Profil sei lediglich eine Reihe von Zahlen, die ein Mittel zur Identifizierung einer Person anhand von Körpergewebe darstellten, und keine erheblichen tiefer gehenden Informationen über eine Person oder ihren Charakter enthielten. Die DNA-Datenbank sei eine Sammlung solcher Profile, die unter Verwendung von am Tatort gefundenem Material durchsucht werden könne, und eine Person könne nur identifiziert werden, wenn und soweit der Abgleich mit der Probe einen Treffer ergebe. Eine Verwandtschaftsanalyse aufgrund teilweiser Übereinstimmungen komme nur sehr selten vor und unterliege sehr strengen Kontrollen. Weder seien Finger-

abdrücke, DNA-Profile und Proben anfällig für subjektive Auslegungen noch enthielten sie Informationen über die Aktivitäten einer Person, weshalb nicht die Gefahr bestehe, dass sie beeinflussten, wie eine Person wahrgenommen werde, oder sich auf ihr Ansehen auswirkten. Selbst wenn eine solche Aufbewahrung möglicherweise eine Frage nach Art. 8 Abs. 1 aufwerfe, sei sie aufgrund der Tatsache, dass etwaige nachteilige Folgen ihrer Art nach nur sehr begrenzt seien, nicht schwerwiegend genug, um einen Eingriff darzustellen.

2. Würdigung durch den Gerichtshof

a) Allgemeine Grundsätze

66. Der Gerichtshof erinnert daran, dass der Begriff des „Privatlebens“ weit gefasst und einer erschöpfenden Definition nicht zugänglich ist. Er umfasst die physische und psychische Unversehrtheit einer Person (siehe *Pretty / Vereinigtes Königreich*, Nr. 2346/02, Ziff. 61, ECHR 2002-III = EuGRZ 2002, 234; und *Y.F. / Türkei*, Nr. 24209/94, Ziff. 33, ECHR 2003-IX) und kann daher zahlreiche Aspekte ihrer physischen und sozialen Identität betreffen (siehe *Mikulić / Kroatien*, Nr. 53176/99, Ziff. 53, ECHR 2002-I). Elemente wie beispielsweise die Identifizierung des Geschlechts, der Name und die sexuelle Orientierung sowie das Sexualleben fallen alle in den nach Art. 8 geschützten persönlichen Bereich (siehe u.v.a. *Bensaid / Vereinigtes Königreich*, Nr. 44599/98, Ziff. 47, ECHR 2001-I mit weiteren Nachweisen, und *Peck / Vereinigtes Königreich*, Nr. 44647/98, Ziff. 57, ECHR 2003-I). Über den Namen hinaus kann das Privat- und Familienleben einer Person noch weitere Mittel der persönlichen Identifizierung und Verbindung zu einer Familie umfassen (siehe sinngemäß *Burghartz / Schweiz*, 22. Februar 1994, Ziff. 24, Series A no. 280-B; und *Ünal Tekeli / Türkei*, Nr. 29865/96, Ziff. 42, ECHR 2004-X (Auszüge)). Informationen über die Gesundheit des Betroffenen sind ein wichtiges Element des Privatlebens (siehe *Z. / Finnland*, 25. Februar 1997, Ziff. 71, Reports of Judgments and Decisions 1997-I). Der Gerichtshof ist darüber hinaus der Auffassung, dass die ethnische Identität einer Person als ein weiteres solches Element angesehen werden muss (siehe insbesondere Art. 6 der Datenschutzkonvention, wie in Ziff. 41 zitiert, der personenbezogene Daten, die die rassische Herkunft erkennen lassen, zusammen mit anderen sensiblen Informationen über eine Person als besondere Datenkategorie auflistet). Art. 8 schützt zusätzlich das Recht auf persönliche Entwicklung und das Recht, Beziehungen zu anderen Menschen und zur Außenwelt zu knüpfen und zu entwickeln (siehe beispielsweise *Burghartz*, a.a.O., Stellungnahme der Kommission, S. 37, Ziff. 47; und *Friedl / Österreich*, Urteil vom 31. Januar 1995, Series A no. 305-B, Stellungnahme der Kommission, S. 20, Ziff. 45). Der Begriff des Privatlebens schließt darüber hinaus auch Elemente ein, die das Recht einer Person an ihrem Bild betreffen (*Sciacca / Italien*, Nr. 50774/99, Ziff. 29, ECHR 2005-I).

67. Bereits die Speicherung von Daten, die das Privatleben einer Person betreffen, stellt einen Eingriff i.S.v. Art. 8 dar (siehe *Leander / Schweden*, 26. März 1987, Ziff. 48, Series A no. 116). Die nachfolgende Verwendung der gespeicherten Informationen ist für diese Feststellung unerheblich (*Amann / Schweiz* [GK], Nr. 27798/95, Ziff. 69, ECHR 2000-II = HRLJ 2000, 221). Bei der Entscheidung darüber, ob die von den Behörden gespeicherten personenbezogenen Informationen einen der oben erwähnten Aspekte des Privatlebens betreffen, wird der Gerichtshof den spezifischen Kontext, in dem die fraglichen Informationen aufgezeichnet und gespeichert worden sind, die Art der Aufzeichnungen, die Art der Verwendung und Verarbeitung dieser Aufzeichnungen und die Ergebnisse, die erlangt werden können, angemessen berücksichtigen (siehe sinngemäß *Friedl*, a.a.O., Ziff. 49-51, und *Peck / Vereinigtes Königreich*, a.a.O., Ziff. 59).

b) Anwendung dieser Grundsätze auf die vorliegende Rechtssache

68. Der Gerichtshof stellt zu Beginn fest, dass alle drei Kategorien personenbezogener Informationen, die von den Behörden in den vorliegenden Rechtssachen gespeichert wurden, d.h. Fingerabdrücke, DNA-Profile und Zellproben, personenbezogene Daten i.S.d. Datenschutzkonvention darstellen, da sie sich auf bestimmte oder bestimmbar natürliche Personen beziehen. Die Regierung erkannte an, dass alle drei Kategorien in den Händen der Personen, die den Betroffenen identifizieren können, „personenbezogene Daten“ im Sinne des Datenschutzgesetzes von 1998 sind.

69. Die Konventionsorgane haben Fragen, welche die behördliche Speicherung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Strafverfahren betreffen, bereits in verschiedenen Zusammenhängen geprüft. Was Art und Umfang der in jeder dieser drei Datenkategorien enthaltenen Informationen betrifft, hat der Gerichtshof in der Vergangenheit zwischen der Speicherung von Fingerabdrücken und der Speicherung von Zellproben und DNA-Profilen unterschieden, da die in letzteren enthaltenen personenbezogenen Informationen ein größeres Potential hinsichtlich ihrer künftigen Verwendung bergen (siehe *Van der Velden / Niederlande* (Entsch.), Nr. 29514/05, ECHR 2006-...). Der Gerichtshof hält es für angemessen, die Frage des Eingriffs in das Recht der Bf. auf Achtung ihres Privatlebens auf Grund der Speicherung ihrer Zellproben und DNA-Profile getrennt von der Frage des Eingriffs in dieses Recht auf Grund der Speicherung ihrer Fingerabdrücke zu prüfen.

i. Zellproben und DNA-Profile

70. In der Rechtssache *Van der Velden* war der Gerichtshof der Auffassung, dass die systematische Aufbewahrung von Zellmaterial angesichts der denkbaren Möglichkeiten der künftigen Verwendung dieses Materials so einschneidend sei, dass sie einen Eingriff in das Recht auf Privatleben darstelle (siehe *Van der Velden*, a.a.O.). Die Regierung kritisierte diese Schlussfolgerung, weil sie Vermutungen über die theoretische künftige Verwendung dieser Proben anstelle und ein solcher Eingriff gegenwärtig nicht vorliege.

71. Der Gerichtshof ist weiterhin der Auffassung, dass die Besorgnis eines Betroffenen bezüglich der möglichen künftigen Verwendung privater, von den Behörden gespeicherter Informationen legitim und im Hinblick auf die Klärung der Frage eines möglichen Eingriffs erheblich ist. In der Tat kann der Gerichtshof im Hinblick auf die rasante Entwicklung im Bereich der Genetik und Informationstechnologie die Möglichkeit nicht ausschließen, dass die mit genetischen Informationen im Zusammenhang stehenden Interessen des Privatlebens auf neuartige Weise oder auf eine Art, die heute nicht genau vorweggenommen werden kann, beeinträchtigt werden könnten. Daher sieht der Gerichtshof keinen hinreichenden Grund, von seiner Beurteilung in der Rechtssache *Van der Velden* abzuweichen.

72. Die legitimen Bedenken hinsichtlich der denkbaren künftigen Verwendung von Zellmaterial stellen jedoch nicht den einzigen Faktor dar, der bei der Entscheidung der vorliegenden Rechtssache zu berücksichtigen ist. Der Gerichtshof stellt fest, dass die Zellproben nicht nur einen in hohem Maße persönlichen Charakter haben, sondern darüber hinaus auch zahlreiche sensible Informationen über eine Person enthalten, wozu auch Informationen über ihre Gesundheit gehören. Darüber hinaus enthalten die Proben einen einzigartigen genetischen Code, der sowohl für die betroffene Person als auch für ihre Verwandten von großer Bedeutung ist. Diesbezüglich stimmt der Gerichtshof der von Baroness Hale im House of Lords geäußerten Auffassung zu (s.o. Ziff. 25).

73. Angesichts der Art und Menge der in Zellproben enthaltenen personenbezogenen Informationen muss deren Aufbewahrung per se als Eingriff in das Recht der Betroffenen auf Achtung ihres Privatlebens angesehen werden. Die Tatsache, dass nur ein begrenzter Teil dieser Informationen bei der Erstellung des DNA-Profiles tatsächlich extrahiert oder verwendet wird und im Einzelfall ein unmittelbarer Schaden nicht entsteht, ändert an dieser Schlussfolgerung nichts (siehe *Amann*, a.a.O., Ziff. 69).

74. Was die DNA-Profile selbst angeht, stellt der Gerichtshof fest, dass die Menge der Informationen, die in ihr enthalten ist, begrenzter ist und in kodierter Form aus den Zellproben extrahiert wurde. Die Regierung brachte vor, ein DNA-Profil sei nicht mehr als eine Zahlenreihe oder ein Strichcode, der rein objektive, unwiderlegbare Informationen enthalte, und eine Identifizierung erfolge nur bei einer Übereinstimmung mit einem anderen in der Datenbank gespeicherten Profil. Sie brachte auch vor, dass die Informationen, da sie in codierter Form vorlägen, nur mit Hilfe der Computertechnologie verständlich seien und daher nur eine begrenzte Zahl von Personen in der Lage sei, die in Rede stehenden Daten auszuwerten.

75. Der Gerichtshof stellt dennoch fest, dass die Profile beträchtliche Mengen einzigartiger personenbezogener Daten enthalten. Die in den Profilen enthaltenen Informationen mögen in dem von der Regierung vorgebrachten Sinne als objektiv und unwiderlegbar anzusehen sein, jedoch erlaubt es ihre automatisierte Verarbeitung den Behörden, über eine neutrale Identifizierung weit hinauszugehen. Der Gerichtshof stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die Regierung anerkannt hat, dass DNA-Profile im Hinblick auf die Feststellung eines möglichen genetischen Verwandtschaftsverhältnisses zwischen Personen zur Verwandtschaftsanalyse verwendet werden könnten und in einigen Fällen tatsächlich verwendet wurden. Sie erkannte auch an, dass diese Analyse sehr heikel sei und strengen Kontrollen unterliegen müsse. Nach Auffassung des Gerichtshofs reicht die Tatsache, dass es möglich ist, anhand von DNA-Profilen genetische Verwandtschaftsverhältnisse zwischen Personen festzustellen (s.o. Ziff. 39), für sich genommen aus, um daraus zu schließen, dass ihre Speicherung einen Eingriff in das Recht der Betroffenen auf Achtung ihres Privatlebens darstellt. Die Häufigkeit von Verwandtschaftsanalysen, die daran geknüpften Garantien und die Wahrscheinlichkeit einer Beeinträchtigung im Einzelfall sind in dieser Hinsicht unerheblich (siehe *Amann*, a.a.O., Ziff. 69). An dieser Schlussfolgerung ändert auch die Tatsache nichts, dass die Informationen, da sie nur in kodierter Form vorliegen, nur mit Hilfe der Computertechnologie verständlich sind und nur von einer begrenzten Anzahl von Personen ausgewertet werden können.

76. Der Gerichtshof stellt weiterhin fest, dass die Regierung nicht bestreitet, dass die Verarbeitung von DNA-Profilen den Behörden ermöglicht, die wahrscheinliche ethnische Herkunft der Person, von der die DNA stammt, zu bestimmen, und solche Techniken bei polizeilichen Ermittlungen tatsächlich angewandt werden (s.o. Ziff. 40). Die Möglichkeit, dass aus DNA-Profilen Schlüsse hinsichtlich der ethnischen Zugehörigkeit gezogen werden können, macht ihre Speicherung noch heikler und erhöht die Gefahr einer Beeinträchtigung des Rechts auf Privatleben. Diese Schlussfolgerung stimmt mit dem in der Datenschutzkonvention verankerten und im Datenschutzgesetz widerspiegelten Grundsatz überein, denn in beiden Rechtsinstrumenten gehören personenbezogene Daten, die die rassische Herkunft erkennen lassen, zusammen mit anderen sensiblen Informationen zu den besonderen, sensible Daten beinhaltenden Datenkategorien, die ein erhöhtes Schutzniveau erfordern (s.o. Ziff. 30 und 31 sowie 41).

77. In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen gelangt der Gerichtshof zu dem Schluss, dass die Speicherung von Zellproben wie auch von DNA-Profilen i.S.v. Art. 8

Abs. 1 der Konvention einen Eingriff in das Recht der Bf. auf Achtung ihres Privatlebens darstellt.

ii. Fingerabdrücke

78. Es ist unstrittig, dass Fingerabdrücke nicht so viele Informationen enthalten wie Zellproben oder DNA-Profile. Die Frage eines durch ihre behördliche Speicherung verursachten angeblichen Eingriffs in das Recht auf Achtung des Privatlebens ist von den Konventionsorganen bereits geprüft worden.

79. Zuerst hat die Kommission in der Rechtssache *McVeigh* die Frage der Abnahme und Speicherung von Fingerabdrücken als Teil einer Reihe von Ermittlungsmaßnahmen geprüft. Sie hat anerkannt, dass zumindest einige der Maßnahmen einen Eingriff in das Privatleben der Bf. erkennen ließen, jedoch die Frage offen gelassen, ob die Speicherung der Fingerabdrücke für sich genommen einen solchen Eingriff darstellt (*McVeigh, O'Neill und Evans*, Nr. 8022/77, 8025/77 und 8027/77, Bericht der Kommission vom 18. März 1981, DR 25, S. 15, Ziff. 224).

80. In der Rechtssache *Kinnunen* gelangte die Kommission zu der Auffassung, dass Fingerabdrücke und Fotos, die nach Festnahme des Bf. gespeichert wurden, keinen Eingriff in sein Privatleben darstellten, da sie keine subjektiven, eventuell zurückzuweisenden Einschätzungen enthielten. Die Kommission stellte jedoch fest, dass die in Rede stehenden Daten auf Antrag des Bf. neun Jahre später vernichtet wurden (*Kinnunen / Finnland*, Nr. 24950/94, Kommissionsentscheidung vom 15. Mai 1996).

81. Unter Berücksichtigung dieser Feststellungen und der in der vorliegenden Rechtssache aufgeworfenen Fragen hält der Gerichtshof es für angebracht, diese Frage erneut zu prüfen. Er stellt zu Beginn fest, dass die Fingerabdrücke der Bf. personenbezogene Daten darstellen (s.o. Ziff. 68), die ganz ähnlich wie Lichtbilder oder Stimmproben gewisse äußerliche Identifizierungsmerkmale aufweisen.

82. In der Rechtssache *Friedl* war die Kommission der Auffassung, dass die Aufbewahrung anonymen, bei einer öffentlichen Demonstration aufgenommener Lichtbilder keinen Eingriff in das Recht auf Achtung des Privatlebens darstelle. Bei dieser Entscheidung maß sie der Tatsache, dass die betreffenden Fotos nicht in ein Datenverarbeitungssystem eingegeben worden seien und die Behörden keine Schritte zur Identifizierung der fotografierten Personen mit den Mitteln der Datenverarbeitung unternommen hatten, besondere Bedeutung bei (siehe *Friedl*, a.a.O., Ziff. 49-51).

83. In der Rechtssache *P.G. und J.H.* war der Gerichtshof der Auffassung, dass die Aufzeichnung von Daten und der systematische oder dauerhafter Charakter der Aufzeichnung Anlass zu das Privatleben betreffenden Bedenken geben könnten, obwohl die in Rede stehenden Daten möglicherweise im öffentlichen oder sonstigen Bereich verfügbar gewesen sind. Der Gerichtshof stellte fest, dass eine dauerhafte Aufzeichnung der Stimme einer Person zu weiteren Analysen, wenn man sie im Zusammenhang mit anderen personenbezogenen Daten betrachte, unmittelbar für die Identifizierung dieser Person erheblich sei. Demzufolge betrachtete er die Aufzeichnung der Stimmen der Bf. zu einer solchen weiteren Analyse als einen Eingriff in ihr Recht auf Achtung ihres Privatlebens (siehe *P.G. und J.H. / Vereinigtes Königreich*, Nr. 44787/98, Ziff. 59-60, ECHR 2001-IX).

84. Der Gerichtshof ist der Auffassung, dass die allgemeine Einstellung der Konventionsorgane in Bezug auf Fotos und Stimmproben auch in Bezug auf Fingerabdrücke Anwendung finden sollte. Die Regierung brachte vor, dass letztere sich dadurch unterschieden, dass sie neutrale, objektive und unwiderlegbare Materialien darstellten, die, im Gegensatz zu Fotos, für das ungeschulte Auge und ohne einen Vergleichsabdruck unverständlich seien. Diese Erwägung ist zwar zutreffend, ändert aber nichts an der

Tatsache, dass Fingerabdrücke objektiv einzigartige Informationen über eine Person erhalten, die ihre genaue Identifizierung unter einer Vielzahl von Umständen ermöglichen. Daher sind sie geeignet, sich auf ihr Privatleben auszuwirken, und eine Speicherung dieser Informationen ohne Einwilligung des Betroffenen kann nicht als neutral oder unerheblich angesehen werden.

85. Der Gerichtshof ist daher der Auffassung, dass die Speicherung von Fingerabdrücken in behördlichen Registern im Zusammenhang mit einer bestimmten oder bestimmbarer Person trotz ihres objektiven und unwiderlegbaren Charakters für sich genommen Anlass zu wichtigen Bedenken hinsichtlich des Privatlebens geben kann.

86. In der vorliegenden Rechtssache stellt der Gerichtshof darüber hinaus fest, dass die Fingerabdrücke der Bf. zunächst in einem Strafverfahren genommen und dann mit dem Ziel einer dauerhaften Aufbewahrung und regelmäßigen automatisierten Verarbeitung zu erkennungsdienstlichen Zwecken in einer nationalen Datenbank gespeichert wurden. Diesbezüglich ist unbestritten, dass sich die Speicherung von Zellproben und DNA-Profilen, die mehr Informationen enthalten, stärker auf das Privatleben auswirkt als die Speicherung von Fingerabdrücken. Jedoch ist der Gerichtshof, wie Baroness Hale (s.o. Ziff. 25) der Auffassung, dass die Speicherung von Fingerabdrücken einen Eingriff in das Recht auf Achtung des Privatlebens darstellt, auch wenn es im Hinblick auf die Prüfung der Rechtfertigung des Eingriffs möglicherweise erforderlich ist, zwischen der Abnahme, Verwendung und Speicherung von Fingerabdrücken einerseits und von Proben und Profilen andererseits zu unterscheiden.

B. Rechtfertigung des Eingriffs

1. Die Stellungnahmen der Parteien

a) Die Bf.

87. Die Bf. brachten vor, dass die Speicherung von Fingerabdrücken, Zellproben und DNA-Profilen nach Art. 8 Abs. 2 nicht gerechtfertigt sei. Die Regierung verfüge über eine sehr weitgehende Befugnis, die Proben und DNA-Profile insbesondere zu „Zwecken der Verhütung oder Aufdeckung von Straftaten“, der „Untersuchung einer Straftat“ oder der „Durchführung der Strafverfolgung“ zu verwenden. Diese Zwecke seien vage und missbrauchsanfällig, da sie insbesondere auch zur Erhebung detaillierter personenbezogener Information führen könnten, die nicht unmittelbar mit den Ermittlungen in einer bestimmten Strafsache im Zusammenhang stünden. Die Bf. brachten weiter vor, dass die prozessualen Garantien gegen eine falsche oder missbräuchliche Verwendung der Informationen unzureichend seien. Die im PNC gespeicherten Daten [s.o. Ziff. 33] seien nicht nur der Polizei zugänglich, sondern auch 56 nichtpolizeilichen Stellen, zu denen Regierungsbehörden und -ministerien, private Firmengruppen wie die British Telecom und der Verband britischer Versicherungsunternehmen und sogar bestimmte Arbeitgeber gehörten. Darüber hinaus sei der PNC an das europaweite „Schengener Informationssystem“ angebunden. Folglich betreffe ihr Fall einen sehr erheblichen und strittigen Eingriff in das Recht auf Privatleben, was insbesondere anhand der laufenden öffentlichen Diskussion und der im Vereinigten Königreich bestehenden Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich dieses Themas deutlich werde. Entgegen der Behauptung der Regierung kamen die Bf. zu dem Schluss, dass die Aufbewahrung dieses Materials für den Einzelnen sehr bedenklich sei und der Staat in diesem Bereich nur über einen engen Beurteilungsspielraum verfüge.

88. Die Bf. brachten vor, dass die zeitlich unbegrenzte Speicherung von Fingerabdrücken, Zellproben und DNA-Profilen nicht verurteilter Personen nicht als „in einer demokratischen Gesellschaft notwendig“ zur Verhütung von

Straftaten angesehen werden könne. Insbesondere gebe es weder irgendeine Rechtfertigung für die Aufbewahrung von Zellproben nach der ursprünglichen Erstellung des DNA-Profiles noch sei die Wirksamkeit der Speicherung der Profile überzeugend nachgewiesen worden, denn es sei nicht aufgezeigt worden, dass die hohe Trefferzahl bei DNA-Abgleichen, auf die sich die Regierung berufe, zu erfolgreichen Strafverfolgungen geführt habe. Ebenso sei die erfolgreiche Strafverfolgung in den meisten der von der Regierung konkret angeführten Fällen nicht auf die Speicherung der Daten im Register zurückzuführen gewesen, und in einigen Fällen hätte ein erfolgreiches Ergebnis auch mit einer zeitlich und umfänglich stärker begrenzten Speicherung erzielt werden können.

89. Die Bf. brachten weiter vor, dass die Aufbewahrung unverhältnismäßig sei, da sie einen pauschalen Charakter habe, der die Art der zugrundeliegenden Straftat nicht berücksichtige, von unbefristeter Dauer sei, die Lebensumstände der Bf. nicht berücksichtige und im Hinblick darauf, ob sie angeordnet werden solle oder nicht, keinem unabhängigen Entscheidungsprozess und keiner Kontrolle unterliege. Außerdem waren sie der Auffassung, dass die Regelung der Aufbewahrung nicht mit den entsprechenden Leitlinien des Europarats im Einklang stehe. Schließlich betonten sie, dass die Speicherung der Informationen einen Verdacht auf Personen lenke, die bezüglich einer Straftat freigesprochen oder entlastet worden seien. Die Speicherung führe daher zu einem Stigma, was sich, wie in der Rechtssache S., insbesondere auf Kinder und auf Angehörige bestimmter ethnischer Gruppen, die in der Datenbank unverhältnismäßig stark repräsentiert seien, nachteilig auswirke.

b) Die Regierung

90. Die Regierung brachte vor, dass jeder Eingriff, der sich aus der Speicherung von Fingerabdrücken, Zellproben und DNA-Profilen ergebe, nach Art. 8 Abs. 2 gerechtfertigt sei. Er sei gesetzlich ausdrücklich vorgesehen und richte sich nach § 64 PACE-Gesetz, der die Befugnis zur Abnahme von Fingerabdrücken und Proben detailliert regelt und eindeutig besage, dass sie unabhängig vom Ausgang des Verfahrens, in dem sie genommen worden seien, behördlich gespeichert würden. Die Ermessensausübung hinsichtlich der Aufbewahrung von Fingerabdrücken und Proben unterliege darüber hinaus den üblichen Rechtsgrundsätzen für die Ermessensentscheidung und der gerichtlichen Überprüfung.

91. Die Regierung brachte darüber hinaus vor, dass der Eingriff im Hinblick auf das legitime Ziel der Aufrechterhaltung der Ordnung und Verhütung von Straftaten und/oder den Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig und verhältnismäßig sei. Es sei von größter Bedeutung, dass die Strafverfolgungsbehörden bei der Verhütung, Untersuchung und Aufdeckung von Straftaten im Interesse der Gesellschaft allgemein von allen verfügbaren Methoden der modernen Technologie und forensischen Wissenschaft Gebrauch machten. Sie brachte vor, dass das aufbewahrte Material bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus sowie der Ermittlung von Schuldigen von unschätzbarem Wert sei, und belegte diese Auffassung mit Statistiken. Sie betonte, dass die Vorteile für die Strafrechtspflege enorm seien und nicht nur die Ermittlung der Schuldigen, sondern auch den Ausschluss von Unschuldigen und die Korrektur und Verhütung von Justizirrtümern ermöglichen.

92. Mit Stand vom 30. September 2005 enthielt die nationale DNA-Datenbank 181.000 Profile von Personen, die vor den gesetzlichen Änderungen aus dem Jahre 2001 das Recht gehabt hätten, diese Profile vernichten zu lassen. Von diesen seien 8.251 später mit Tatortspuren in Verbindung gebracht worden, in denen es um 13.079 Straftaten gegangen sei, zu denen 109 Morde, 55 versuchte Morde, 116 Vergewaltigungen, 67 Sexualstraftaten, 105 Fälle

von schwerem Raub und 126 Fälle von Handel mit illegalen Drogen gehört hätten.

93. Die Regierung führte auch konkrete Beispiele aus 18 Fällen an, bei denen DNA-Material zur erfolgreichen Ermittlung und Strafverfolgung verwendet worden sei. In zehn dieser Fälle habe das DNA-Profil von Verdächtigen mit in der Datenbank gespeicherten Profilen aus mit dem Fall nicht im Zusammenhang stehenden Tatortspuren übereinstimmt, was eine erfolgreiche Strafverfolgung dieser älteren Straftaten ermöglicht habe. In einem anderen Fall seien zwei der Vergewaltigung verdächtige Personen von den Ermittlungen ausgenommen worden, da ihre DNA-Profile nicht mit den Tatortspuren übereinstimmten. In zwei weiteren Fällen habe die Speicherung der DNA-Profile von Verdächtigen, die bestimmter geringfügiger Straftaten (Störung der Ordnung und Diebstahl) für schuldig befunden worden seien, dazu geführt, sie mit anderen, später begangenen Straftaten in Verbindung zu bringen. In einem Fall habe die Speicherung des DNA-Profils einer Person, die verdächtigt wurde, gegen Bestimmungen des Immigrationgesetzes verstoßen zu haben, dazu geführt, dass sie ein Jahr später an das Vereinigte Königreich ausgeliefert worden sei, da sie von einem ihrer Opfer als Vergewaltiger und Mörder identifiziert worden sei. Schließlich hätten in vier Fällen die gespeicherten DNA-Profile von Personen, die bestimmter Straftaten verdächtigt, aber nicht schuldig gesprochen worden seien (Besitz von Angriffswaffen, gewalttätige Störung der öffentlichen Ordnung und tätlicher Angriff), mit Tatortspuren übereinstimmt, die zwei Jahre später bei Vergewaltigungsopfern genommen worden seien.

94. Die Regierung brachte vor, die Speicherung von Fingerabdrücken, Zellproben und DNA-Profilen könne nicht als übermäßig angesehen werden, da diese zu bestimmten und begrenzten gesetzlichen Zwecken aufbewahrt und unter Beachtung der angegebenen Schutzvorkehrungen sicher gespeichert würden. Ihre Speicherung sei weder an irgendeinen Verdacht der Beteiligung der Bf. an einer Straftat oder an eine Neigung zu Straftaten geknüpft noch darauf ausgerichtet, Informationen zu mutmaßlichen, in der Vergangenheit untersuchten Straftaten aufzubewahren. Die Informationen würden aufbewahrt, weil sie sich bereits rechtmäßig in Besitz der Polizei befunden hätten und ihre Speicherung zur Verhinderung und Aufdeckung künftiger Straftaten allgemein beitragen werde, da die Datenbank vergrößert werde. Die Aufbewahrung führe zu keinem Stigma und habe keine praktischen Auswirkungen auf die Bf., sofern die Daten nicht mit einem Tatortprofil übereinstimmten. Daher werde zwischen den Rechten des Einzelnen und den Erfordernissen des Gemeinwohls ein gerechter Ausgleich herbeigeführt, der innerhalb des staatlichen Beurteilungsspielraums liege.

2. Würdigung durch den Gerichtshof

a) Gesetzlich vorgesehen

95. Der Gerichtshof weist auf seine ständige Spruchpraxis hin, nach der die Formulierung „gesetzlich vorgesehen“ bedeutet, dass die gerügte Maßnahme eine gewisse innerstaatliche Rechtsgrundlage haben und mit der Rechtsstaatlichkeit, die in der Präambel der Konvention ausdrücklich erwähnt und in Ziel und Zweck von Art. 8 verankert ist, vereinbar sein muss. Die Rechtsvorschrift muss hinreichend zugänglich und vorhersehbar sein, d.h. sie muss so genau formuliert sein, dass der Einzelne – nötigenfalls mit entsprechender Beratung – sein Verhalten daran ausrichten kann. Damit das innerstaatliche Recht diesen Anforderungen genügt, muss es einen angemessenen Rechtsschutz gegen Willkür gewährleisten und daher den Umfang des den zuständigen Behörden gewährten Spielraums und die Art und Weise, in der dieser zu nutzen ist, hinreichend klar definieren (siehe *Malone ./. Vereinigtes Königreich*, 2. August 1984,

Ziff. 66-68, Series A no. 82 = EuGRZ 1985, 17; *Rotaru ./. Rumänien* [GK], Nr. 28341/95, Ziff. 55, ECHR 2000-V = HRLJ 2000, 231; und *Amann*, a.a.O., Ziff. 56).

96. Das Maß an Klarheit, das von den innerstaatlichen Rechtsvorschriften gefordert wird – die aber keinesfalls jede Eventualität regeln können – hängt in beträchtlichem Maße vom Inhalt des in Rede stehenden Instruments, vom Bereich, den es abdecken soll, sowie von der Zahl und vom Status derjenigen Personen ab, an die es gerichtet ist (*Hasan und Chaush ./. Bulgarien* [GK], Nr. 30985/96, Ziff. 84, ECHR 2000-XI, mit weiteren Nachweisen).

97. Der Gerichtshof stellt fest, dass § 64 PACE-Gesetz vorsieht, dass Fingerabdrücke oder Proben, die von einer Person im Zusammenhang mit Ermittlungen in einer Strafsache genommen wurden, aufbewahrt werden dürfen, nachdem sie die Zwecke erfüllt haben, für die sie genommen wurden (s.o. Ziff. 27). Der Gerichtshof stimmt mit der Regierung dahingehend überein, dass die Aufbewahrung der Fingerabdruck- und DNA-Daten eine klare innerstaatliche Rechtsgrundlage hatte. Es gibt auch eindeutige Beweise dafür, dass diese Informationen, soweit nicht außergewöhnliche Umstände vorliegen, in der Praxis aufbewahrt werden. Dass leitende Polizeibeamte befugt sind, sie in diesen seltenen Fällen zu vernichten, bedeutet nicht, dass die Rechtsvorschrift aus Konventionssicht nicht hinreichend verlässlich ist.

98. Hinsichtlich der Bedingungen und Vorkehrungen für die Speicherung und Verwendung dieser personenbezogenen Information ist § 64 viel ungenauer. Er besagt, dass aufbewahrte Proben und Fingerabdrücke von niemandem zu anderen Zwecken verwendet werden dürfen als der Verhütung oder Aufdeckung von Straftaten, der Untersuchung einer Straftat oder der Durchführung der Strafverfolgung.

99. Der Gerichtshof stimmt mit den Bf. dahingehend überein, dass zumindest der erste der genannten Zwecke ziemlich allgemein formuliert ist und zu umfangreichen Interpretationen Anlass geben kann. Er weist erneut darauf hin, dass es in diesem Zusammenhang, ebenso wie beim Abhören von Telefongesprächen, bei der geheimen Überwachung und der verdeckten Gewinnung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, äußerst wichtig ist, über klare, detaillierte Regeln zum Umfang und zur Anwendung dieser Maßnahmen sowie über Mindestgarantien hinsichtlich u.a. der Dauer, Speicherung und Verwendung der Daten, des Zugangs Dritter, der Verfahren zur Bewahrung der Unversehrtheit und Vertraulichkeit der Daten und der Verfahren zu ihrer Vernichtung zu verfügen, um so hinreichende Garantien gegen Missbrauch und Willkür zu gewährleisten (siehe sinngemäß *Kruslin ./. Frankreich*, 24. April 1990, Ziff. 33 und 35, Series A no. 176-A = HRLJ 1990, 156; *Rotaru*, a.a.O., Ziff. 57-59; *Weber und Saravia ./. Deutschland* (Entsch.), Nr. 54934/00, ECHR 2006-...; *Association for European Integration and Human Rights and Ekimdzhiiev ./. Bulgarien*, Nr. 62540/00, Ziff. 75-77, 28. Juni 2007; *Liberty u.a. ./. Vereinigtes Königreich*, Nr. 58243/00, Ziff. 62-63, 1. Juli 2008). Der Gerichtshof stellt jedoch fest, dass diese Fragen im vorliegenden Fall eng mit der weitergehenden Frage nach der Notwendigkeit des Eingriffs in einer demokratischen Gesellschaft verbunden sind. Im Hinblick auf seine Prüfung unter Ziff. 105-126 hält der Gerichtshof es nicht für erforderlich, darüber zu entscheiden, ob der Wortlaut von § 64 die Anforderungen an die „Qualität“ des „Gesetzes“ i.S.v. Art. 8 Abs. 2 der Konvention erfüllt.

b) Legitimes Ziel

100. Der Gerichtshof stimmt mit der Regierung dahingehend überein, dass die Aufbewahrung von Fingerabdruck- und DNA-Informationen das rechtmäßige Ziel der Aufdeckung und daher auch der Verhütung von Straftaten verfolgt. Während die ursprüngliche Erlangung dieser Informationen das Ziel verfolgt, eine Verbindung zwischen einer bestimmten Person und der Straftat, derer sie verdächtig ist,

herzustellen, verfolgt die Aufbewahrung das weiter gefasste Ziel, zur Identifizierung künftiger Straftäter beizutragen.

c) *Notwendig in einer demokratischen Gesellschaft*
i. *Allgemeine Grundsätze*

101. Ein Eingriff ist als „in einer demokratischen Gesellschaft notwendig“ zur Verfolgung eines rechtmäßigen Ziels anzusehen, wenn er „einem dringenden sozialen Bedürfnis“ entspricht und, insbesondere, wenn er in Bezug auf das rechtmäßig verfolgte Ziel verhältnismäßig ist und wenn die von den nationalen Behörden zu seiner Rechtfertigung vorgebrachten Gründe „zutreffend und ausreichend“ sind. Während es Aufgabe der nationalen Behörden ist, eine erste Bewertung all dieser Aspekte vorzunehmen, unterliegt die endgültige Bewertung der Frage, ob der Eingriff erforderlich ist, einer Überprüfung durch den Gerichtshof, welche die Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Konvention zum Gegenstand hat (siehe *Coster / J. Vereinigtes Königreich* [GK], Nr. 24876/94, Ziff. 104, 18. Januar 2001, mit weiteren Nachweisen).

102. Bei dieser Beurteilung muss den zuständigen nationalen Behörden ein Beurteilungsspielraum eingeräumt werden. Der Umfang dieses Spielraums ist unterschiedlich und hängt von einer Reihe von Faktoren ab, zu denen die Art des in Rede stehenden Konventionsrechts, seine Bedeutung für den Betroffenen, die Art des Eingriffs und das mit dem Eingriff verfolgte Ziel gehören. Der Spielraum wird in der Regel enger sein, wenn das in Rede stehende Recht von entscheidender Bedeutung dafür ist, ob der Betroffene sehr persönliche oder wichtige Rechte effektiv wahrnehmen kann (siehe *Connors / J. Vereinigtes Königreich*, Nr. 66746/01, Ziff. 82, 27. Mai 2004, mit weiteren Nachweisen). Geht es um einen besonders wichtigen Aspekt der Existenz oder Identität des Betroffenen, wird der dem Staat gewährte Spielraum eingeschränkt sein (siehe *Evans / J. Vereinigtes Königreich* [GK], Nr. 6339/05, Ziff. 77, ECHR 2007-...). Wo es jedoch zwischen den Mitgliedstaaten des Europarats keinen Konsens hinsichtlich der relativen Bedeutung der betroffenen Interessen oder ihres bestmöglichen Schutzes gibt, wird der Beurteilungsspielraum weiter gefasst sein (siehe *Dickson / J. Vereinigtes Königreich* [GK], Nr. 44362/04, Ziff. 78, ECHR 2007-...).

103. Der Schutz personenbezogener Daten ist von grundlegender Bedeutung für das nach Art. 8 der Konvention geschützte Recht einer Person auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens. Das innerstaatliche Recht muss geeignete Schutzvorkehrungen vorsehen, die verhindern, dass personenbezogene Daten in einer Weise verwendet werden, die mit den Garantien nach diesem Artikel nicht vereinbar sind (siehe, sinngemäß, Z., a.a.O., Ziff. 95). Die Notwendigkeit solcher Vorkehrungen ist noch größer, wenn es um den Schutz personenbezogener Daten geht, die einer automatischen Verarbeitung unterliegen, insbesondere wenn diese Daten zu polizeilichen Zwecken genutzt werden. Das innerstaatliche Recht sollte insbesondere sicherstellen, dass diese Daten für die Zwecke, zu denen sie gespeichert werden, erheblich sind und nicht darüber hinausgehen, und dass sie insbesondere in einer Form aufbewahrt werden, welche die Identifizierung der Betroffenen nur so lange erlaubt, wie dies für den Zweck, zu dem diese Daten gespeichert werden, erforderlich ist (siehe Art. 5 der Datenschutzkonvention und deren Präambel sowie den Grundsatz Nr. 7 der Empfehlung Nr. R(87)15 des Ministerkomitees zur Regelung der Verwendung personenbezogener Daten im Polizeibereich). Das innerstaatliche Recht muss auch angemessene Garantien gegen eine falsche oder missbräuchliche Verwendung aufbewahrter personenbezogener Daten vorsehen (siehe insbesondere Art. 7 der Datenschutzkonvention). Die vorstehenden Erwägungen gelten besonders für den Schutz spezieller, sensibler Daten beinhaltender Kategorien (siehe Art. 6 der Daten-

schutzkonvention) und dabei vor allem für den Schutz von DNA-Informationen, welche den genetischen Bauplan des Betroffenen enthalten, der für diesen selbst und für seine Familie von großer Bedeutung ist (siehe Empfehlung Nr. R(92)1 des Ministerkomitees über die Anwendung der DNA-Analyse im Rahmen der Strafrechtspflege).

104. Das Interesse der Betroffenen und der gesamten Gemeinschaft am Schutz personenbezogener Daten, einschließlich Fingerabdruck- und DNA-Informationen, kann vom legitimen Interesse der Verbrechenverhütung überwogen werden (siehe Art. 9 der Datenschutzkonvention). Jedoch ist der Gerichtshof aufgrund des inhärent privaten Charakters dieser Informationen aufgefordert, jede staatliche Maßnahme, durch die ihre behördliche Aufbewahrung und Verwendung ohne Zustimmung der betroffenen Person genehmigt wird, einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen (siehe sinngemäß, Z., a.a.O., Ziff. 96).

ii. *Anwendung dieser Grundsätze auf die vorliegende Rechtssache*

105. Der Gerichtshof hält es für unstrittig, dass die Verbrechenbekämpfung, und insbesondere die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus – eine der Herausforderungen an die heutigen europäischen Gesellschaften – in einem großen Maß von der Verwendung moderner wissenschaftlicher Ermittlungs- und Identifikationstechniken abhängt. Die Techniken der DNA-Analyse wurden vor mehr als fünfzehn Jahren vom Europarat als vorteilhaft für die Strafrechtspflege angesehen (siehe Empfehlung R (92)1 des Ministerkomitees, Ziff. 43-44). Es ist auch unstrittig, dass die Mitgliedstaaten seither rasche und deutliche Fortschritte bei der Verwendung von DNA-Informationen zur Bestimmung von Schuld oder Unschuld erzielt haben.

106. Aber obwohl der Gerichtshof die Bedeutung solcher Informationen für die Aufdeckung von Verbrechen anerkennt, muss er den Umfang seiner Prüfung festlegen. Es geht nicht darum, ob die Aufbewahrung von Fingerabdrücken, Zellproben und DNA-Profilen im Allgemeinen als gerechtfertigt nach der Konvention anzusehen ist. Die einzige Frage, die vom Gerichtshof zu prüfen ist, ist die, ob die Speicherung der Fingerabdruck- und DNA-Daten der Bf., als Personen, die bestimmter Straftaten verdächtig, aber nicht schuldig gesprochen wurden, nach Art. 8 Abs. 2 der Konvention gerechtfertigt war.

107. Der Gerichtshof wird diese Frage unter angemessener Berücksichtigung der einschlägigen Instrumente des Europarats sowie des Rechts und der Praxis der anderen Vertragsstaaten prüfen. Die Kernprinzipien des Datenschutzes erfordern, dass die Aufbewahrung der Daten in Bezug auf den Zweck ihrer Erhebung verhältnismäßig sein muss, und dass die Speicherdauer befristet sein muss (s.o. Ziff. 41-44). Es scheint, dass diese Grundsätze, in Übereinstimmung mit der Datenschutzkonvention und den nachfolgenden Empfehlungen des Ministerkomitees (s.o. Ziff. 45-49), im Polizeibereich von den Mitgliedstaaten konsequent angewandt wurden.

108. Was speziell die Zellproben angeht, erlauben die meisten Vertragsstaaten die Abnahme dieses Materials in Strafverfahren nur bei Personen, die einer Straftat oberhalb einer bestimmten Schweregrenze verdächtig sind. In der überwiegenden Zahl von Vertragsstaaten, die über funktionierende DNA-Datenbanken verfügen, müssen die Proben und die daraus gewonnenen DNA-Profile entweder sofort oder innerhalb eines bestimmten begrenzten Zeitraums nach einem Freispruch oder einer Verfahrenseinstellung vernichtet oder gelöscht werden. Einige Vertragsstaaten sehen eine begrenzte Zahl von Ausnahmen von diesem Grundsatz vor (s.o. Ziff. 47-48).

109. Die aktuelle Position Schottlands, als Teil des Vereinigten Königreichs, ist in dieser Hinsicht von besonderer

Bedeutung. Wie oben festgestellt (s.o. Ziff. 36), sprach sich das Schottische Parlament dafür aus, die Aufbewahrung der DNA unverurteilter Personen nur in den Fällen zuzulassen, in denen Erwachsenen Gewalt- oder Sexualstraftaten zur Last gelegt wurden, und auch dann nur für drei Jahre, mit der Möglichkeit, die DNA-Probe und -Informationen mit Zustimmung eines Richters am Sheriff Court für weitere zwei Jahre zu speichern.

110. Diese Position steht insbesondere mit der Empfehlung des Ministerkomitees Nr. R(92)1 im Einklang, die betont, dass ein Ansatz erforderlich ist, der zwischen verschiedenen Fallkategorien unterscheidet und, auch in schwereren Fällen, streng definierte Speicherfristen für Daten vorsieht (s.o. Ziff. 43-44). Vor diesem Hintergrund scheinen England, Wales und Nordirland innerhalb des Europarats die einzigen Jurisdiktionen zu sein, welche die unbegrenzte Speicherung von Fingerabdruck- und DNA-Material jeder einer eintragungsfähigen Straftat verdächtigten Person erlauben.

111. Die Regierung betonte, dass das Vereinigte Königreich hinsichtlich der Entwicklungen bei der Verwendung von DNA-Proben zur Aufdeckung von Straftaten eine Spitzenposition einnehme und andere Staaten in Bezug auf die Größe und Ressourcen von DNA-Datenbanken noch nicht dieselbe Reife erlangt hätten. Sie bringt vor, dass die vergleichende Analyse des Rechts und der Praxis in anderen Staaten, die nicht über so fortschrittliche Systeme verfügten, daher von begrenzter Bedeutung sei.

112. Der Gerichtshof kann jedoch nicht außer Acht lassen, dass sich andere Vertragsstaaten trotz der Vorteile, die eine umfassende Erweiterung der DNA-Datenbank bietet, im Hinblick auf die Erzielung eines angemessenen Ausgleichs mit den gegensätzlichen Belangen der Achtung des Privatlebens für eine Begrenzung der Aufbewahrung und Verwendung solcher Daten entschieden haben. Der Gerichtshof stellt fest, dass der nach Art. 8 der Konvention gewährte Schutz in nicht akzeptabler Weise geschwächt würde, wenn die Verwendung moderner wissenschaftlicher Techniken in der Strafrechtspflege um jeden Preis zugelassen würde, ohne die möglichen Vorteile der umfassenden Verwendung solcher Techniken sorgfältig mit den wichtigen Belangen des Privatlebens abzuwägen. Nach Auffassung des Gerichtshofs ist der starke Konsens, der zwischen den Vertragsstaaten diesbezüglich herrscht, von beträchtlicher Bedeutung und engt den Beurteilungsspielraum des betroffenen Staats bei der Beurteilung der zulässigen Grenzen des Eingriffs in das Privatleben ein. Der Gerichtshof ist der Auffassung, dass jeder Staat, der eine Pionierrolle bei der Entwicklung neuer Technologien in Anspruch nimmt, eine besondere Verantwortung für die Herstellung des richtigen Ausgleichs der entsprechenden Interessen trägt.

113. Im vorliegenden Fall wurden von den Bf. Fingerabdrücke und Zellproben genommen, im Falle des ersten Bf. im Zusammenhang mit einem Strafverfahren wegen versuchten Raubes und im Falle des zweiten Bf. im Zusammenhang mit einem Strafverfahren wegen Belästigung seiner Lebensgefährtin, und es wurden DNA-Profile erstellt. Die Daten wurden auf der Grundlage von Gesetzen aufbewahrt, die ihre unbegrenzte Aufbewahrung trotz des Freispruchs des ersten Bf. und der Einstellung des Verfahrens gegen den zweiten Bf. erlaubten.

114. Der Gerichtshof muss prüfen, ob sich die dauerhafte Aufbewahrung von Fingerabdruck- und DNA-Daten von verdächtigen, aber nicht verurteilten Personen auf zutreffende und hinreichende Gründe stützt.

115. Obwohl die Befugnis zur Aufbewahrung von Fingerabdrücken, Zellproben und DNA-Profilen nicht verurteilter Personen in England und Wales erst seit 2001 zulässig ist, bringt die Regierung vor, dass ihre Aufbewahrung für die Verbrechensbekämpfung unerlässlich sei. Gewiss erscheinen die statistischen Daten und anderen

Belege, die dem House of Lords vorgelegt wurden und Teil des von der Regierung vorgelegten Materials sind (s.o. Ziff. 92) beeindruckend und lassen erkennen, dass DNA-Profile, die zuvor vernichtet worden wären, in einer großen Zahl von Fällen mit Tatortspuren übereinstimmen.

116. Die Bf. bringen jedoch vor, dass die Statistiken irreführend seien, und vertreten damit eine Auffassung, die durch den Nuffield-Bericht gestützt wird. Wie die Bf. vorbringen, trifft es zu, dass die Zahlen nicht belegen, inwieweit diese „Verbindung“ zu Tatorten zu Verurteilungen der Betroffenen geführt hat oder wie viele Verurteilungen auf die Aufbewahrung von Proben nicht verurteilter Personen zurückzuführen sind. Sie zeigen auch nicht auf, dass die hohe Zahl erfolgreicher Übereinstimmungen mit Tatortspuren nur aufgrund der unbegrenzten Aufbewahrung der DNA-Informationen all dieser Personen möglich war. Gleichzeitig führten die DNA-Informationen Verdächtiger in der Mehrzahl der von der Regierung angeführten Fälle (s.o. Ziff. 93) nur in Bezug auf frühere, in der Datenbank gespeicherte Tatortspuren zu erfolgreichen Übereinstimmungen. Diese Übereinstimmungen hätten jedoch auch ohne die aktuelle Regelung erzielt werden können, welche die unbegrenzte Aufbewahrung von DNA-Informationen aller verdächtigen, aber nicht verurteilten Personen erlaubt.

117. Obwohl weder die Statistiken noch die von der Regierung vorgebrachten Beispiele für sich genommen belegen, dass die erfolgreiche Identifizierung und strafrechtliche Verfolgung von Straftätern nicht auch ohne die dauerhafte und unterschiedslose Aufbewahrung der Fingerabdrücke und DNA-Informationen aller sich in derselben Lage wie die Bf. befindlichen Personen hätte erzielt werden können, erkennt der Gerichtshof an, dass die Erweiterung der Datenbank dennoch zu der Aufdeckung und Verhütung von Straftaten beigetragen hat.

118. Es bleibt jedoch die Frage, ob eine solche Aufbewahrung verhältnismäßig ist und einen gerechten Ausgleich zwischen den widerstreitenden öffentlichen und privaten Belangen herstellt.

119. Diesbezüglich fällt dem Gerichtshof auf, dass die in England und Wales existierenden Aufbewahrungsbefugnisse einen sehr pauschalen und unterschiedslosen Charakter haben. Das Material darf ungeachtet der Art oder Schwere der Straftat, derer der Betroffene ursprünglich verdächtigt wurde, oder des Alters des mutmaßlichen Straftäters aufbewahrt werden, und jeder Person, die im Zusammenhang mit einer eintragungsfähigen Straftat – wozu auch geringfügige oder nicht mit Freiheitsstrafe zu ahndende Straftaten gehören – festgenommen wurde, dürfen Fingerabdrücke und Zellproben abgenommen werden. Die Aufbewahrung ist zeitlich nicht begrenzt; das Material wird ungeachtet der Art oder Schwere der Straftat, derer der Betroffene verdächtig war, unbegrenzt aufbewahrt. Darüber hinaus hat eine freigesprochene Person nur begrenzte Möglichkeiten, die Daten aus der nationalen Datenbank entfernen bzw. das Material vernichten zu lassen (s.o. Ziff. 35), da es insbesondere nicht vorgesehen ist, die Rechtfertigung der Speicherung anhand bestimmter Kriterien wie der Schwere der Straftat, früherer Festnahmen, der Schwere des gegen den Betroffenen bestehenden Verdachts sowie anderer besonderer Umstände einer unabhängigen Prüfung zu unterziehen.

120. Der Gerichtshof erkennt an, dass das Niveau des Eingriffs in das Recht der Bf. auf Achtung des Privatlebens für jede der drei Kategorien aufbewahrter personenbezogener Daten verschieden sein kann. Die Aufbewahrung von Zellproben stellt wegen der Fülle der darin enthaltenen genetischen und gesundheitlichen Informationen einen besonders einschneidenden Eingriff dar. Jedoch ist bei einer derart pauschalen und unbefristeten Aufbewahrungsregelung wie der hier in Rede stehenden ungeachtet dieser Unterschiede eine sorgfältige Prüfung erforderlich.

121. Die Regierung bringt vor, die Aufbewahrung könne nicht als Maßnahme angesehen werden, die sich unmittelbar oder wesentlich auf die Bf. auswirke, es sei denn, diese würden aufgrund von Datenbanktreffern später mit der Begehung von Straftaten in Verbindung gebracht. Der Gerichtshof sieht sich außerstande, dieses Argument zu akzeptieren, und erklärt erneut, dass bereits die behördliche Aufbewahrung und Speicherung personenbezogener Daten ungeachtet der Art ihrer Erlangung und unabhängig von einer späteren Verwendung als Maßnahme anzusehen ist, die sich unmittelbar auf die Belange des Privatlebens des Betroffenen auswirkt (s.o. Ziff. 67).

122. Von besonderer Bedeutung ist in dem vorliegenden Fall das Risiko der Stigmatisierung, das sich daraus ergibt, dass Personen in derselben Lage wie die Bf., die keiner Straftat schuldig gesprochen wurden und für die das Recht auf Unschuldsvermutung gilt, genauso behandelt werden wie verurteilte Personen. Diesbezüglich muss der Gerichtshof berücksichtigen, dass das in der Konvention verankerte Recht jeder Person auf Beachtung der Unschuldsvermutung die allgemeine Regel beinhaltet, dass kein Zweifel hinsichtlich der Unschuld eines Angeklagten mehr geäußert werden darf, wenn dieser freigesprochen wurde (siehe *Asan Rushiti ./. Österreich*, Nr. 28389/95, Ziff. 31, 21. März 2000, mit weiteren Nachweisen). Es trifft zu, dass die Aufbewahrung der privaten Daten der Bf. nicht mit einer Verdachtsäußerung gleichgesetzt werden kann. Deren Wahrnehmung, sie würden nicht als unschuldig behandelt, wird jedoch noch dadurch verstärkt, dass ihre Daten ebenso wie die Daten verurteilter Personen unbegrenzt aufbewahrt werden, während die Daten von Personen, die niemals einer Straftat verdächtig waren, vernichtet werden müssen.

123. Die Regierung bringt vor, die Befugnis zur Aufbewahrung sei auf alle Fingerabdrücke und Proben anwendbar, die einer Person im Zusammenhang mit Ermittlungen in einer Strafsache abgenommen worden seien, und hänge nicht von Schuld oder Unschuld ab. Sie bringt weiterhin vor, dass die Fingerabdrücke und Proben rechtmäßig erlangt worden seien und ihre Aufbewahrung nichts damit zu tun habe, dass die Betroffenen ursprünglich einer Straftat verdächtig worden seien, und dass der einzige Grund für ihre Aufbewahrung darin bestehe, die Datenbank zu vergrößern und ihre Nutzung zu erhöhen. Der Gerichtshof ist jedoch der Auffassung, dass dieses Argument nur schwer mit der Verpflichtung nach § 64 (3) PACE-Gesetz in Einklang zu bringen ist, nach der die Fingerabdrücke und Proben von Freiwilligen auf deren Antrag hin zu vernichten sind, obwohl das Material im Hinblick auf die Ausweitung des Umfangs und der Nutzung der Datenbank von ähnlichem Wert ist. Bevor der Gerichtshof eine solche unterschiedliche Behandlung zwischen den privaten Daten der Bf. und denen anderer nicht verurteilter Personen für gerechtfertigt erachten könnte, müsste die Regierung gewichtige Gründe vorbringen.

124. Der Gerichtshof ist weiterhin der Auffassung, dass die Aufbewahrung der Daten nicht verurteilter Personen besonders bei Minderjährigen wie dem ersten Bf. schädlich sein könnte, da diese sich in einer besonderen Situation befinden und ihre Entwicklung und Integration in die Gesellschaft besonders wichtig ist. Unter Bezugnahme auf Art. 40 des UN-Übereinkommens von 1989 über die Rechte des Kindes hat der Gerichtshof bereits betont, dass Minderjährige im Bereich der Strafjustiz eine besondere Rolle einnehmen, und insbesondere festgestellt, dass ihre Privatsphäre in Strafverfahren geschützt werden muss (siehe *T. ./. Vereinigtes Königreich* [GK], Nr. 24724/94, Ziff. 75 und 85, 16. Dezember 1999). Der Gerichtshof ist gleichermaßen der Auffassung, dass dem Schutz Jugendlicher vor Schäden, die sich aus der behördlichen Speicherung ihrer privaten Daten nach einem Freispruch in einer Strafsache

ergeben könnten, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Der Gerichtshof teilt die Auffassung des Nuffield Council hinsichtlich der Folgen, welche die unbegrenzte Speicherung ihres DNA-Materials für Jugendliche hat, und ist wie der Nuffield Council besorgt darüber, dass die angewandten Regeln dazu geführt haben, dass junge Personen und Angehörige ethnischer Minderheiten, die keiner Straftat schuldig gesprochen wurden, in der Datenbank überrepräsentiert sind (s.o. Ziff. 38-40).

125. Im Ergebnis stellt der Gerichtshof fest, dass die pauschale und unterschiedslose Befugnis zur Aufbewahrung von Fingerabdrücken, Zellproben und DNA-Profilen verdächtiger, aber keiner Straftat schuldig gesprochener Personen, wie sie auf die Bf. in der vorliegenden Rechtssache angewandt wurde, keinen gerechten Ausgleich zwischen den widerstrebenden öffentlichen und privaten Belangen erzielt, und der betroffene Staat diesbezüglich jeden akzeptablen Beurteilungsspielraum überschritten hat. Daher stellt die in Rede stehende Aufbewahrung einen unverhältnismäßigen Eingriff in das Recht der Bf. auf Achtung ihres Privatlebens dar und kann nicht als in einer demokratischen Gesellschaft notwendig angesehen werden. Aufgrund dieser Schlussfolgerung erübrigt sich, dass der Gerichtshof die Rüge der Bf. hinsichtlich der Angemessenheit bestimmter Schutzvorkehrungen, wie ein zu weit gefasster Zugang zu den betreffenden personenbezogenen Daten und ein unzureichender Schutz gegen die falsche oder missbräuchliche Verwendung solcher Daten, prüft.

126. Folglich ist Art. 8 der Konvention im vorliegenden Fall verletzt worden.

II. Behauptete Verletzung von Art. 14 i.V.m. Art. 8 der Konvention

127. Die Bf. brachten vor, sie seien gegenüber anderen Personen, die sich in einer analogen Situation befunden hätten und deren Proben gemäß der gesetzlichen Regelung noch zu vernichten gewesen seien, einer diskriminierenden Behandlung unterzogen worden. Diese Behandlung beziehe sich auf ihren Status und falle in den Bereich von Art. 14, der immer großzügig ausgelegt worden sei. Aus den in ihren Vorbringen nach Art. 8 dargelegten Gründen sei die Behandlung vernünftigerweise und objektiv nicht zu rechtfertigen, verfolge kein legitimes Ziel und stehe in keinem angemessenen Verhältnis zum vorgegebenen Ziel der Verhütung von Straftaten, was insbesondere für die Proben gelte, die bei der Aufdeckung oder Verhütung von Straftaten keine Rolle spielten. Durch die Aufbewahrung des Materials von Personen, die ein Recht auf Beachtung der Unschuldsvermutung hätten, werde eine völlig unpassende und schädliche Unterscheidung vorgenommen.

128. Die Regierung brachte vor, dass Art. 8 nicht betroffen und daher Art. 14 der Konvention nicht anwendbar sei. Selbst wenn er anwendbar sein sollte, läge keine Ungleichbehandlung vor, da alle Personen, die sich in einer Situation befänden, die mit der der Bf. vergleichbar sei, gleich behandelt würden, und die Bf. sich nicht mit Personen vergleichen sollten, von denen die Polizei keine Proben genommen habe oder die freiwillig Proben abgegeben hätten. Eine gerügte eventuelle Ungleichbehandlung beruhe jedenfalls nicht auf dem „Status“ oder einem persönlichen Merkmal, sondern auf einer historischen Tatsache. Wenn eine Ungleichbehandlung vorliege, sei sie objektiv gerechtfertigt und liege innerhalb des staatlichen Beurteilungsspielraums.

129. Der Gerichtshof nimmt auf seine vorangehende Schlussfolgerung Bezug, nach der die Aufbewahrung der Fingerabdrücke, Zellproben und DNA-Profile der Bf. eine Verletzung von Art. 8 der Konvention darstellt. Im Lichte der Begründung, auf welche diese Schlussfolgerung zurückgeht, hält der Gerichtshof es nicht für erforderlich, die Rüge der Bf. nach Art. 14 der Konvention gesondert zu prüfen.

III. Anwendung von Art. 41 der Konvention

130. Art. 41 der Konvention lautet:

„Stellt der Gerichtshof fest, dass diese Konvention oder die Protokolle dazu verletzt worden sind, und gestattet das innerstaatliche Recht der Hohen Vertragspartei nur eine unvollkommene Wiedergutmachung für die Folgen dieser Verletzung, so spricht der Gerichtshof der verletzten Partei eine gerechte Entschädigung zu, wenn dies notwendig ist.“

131. Die Bf. ersuchten den Gerichtshof, ihnen eine gerechte Entschädigung für immateriellen Schaden sowie Kosten und Auslagen zuzusprechen.

A. Immaterieller Schaden

132. Die Bf. erhoben Anspruch auf Entschädigung für immateriellen Schaden in Höhe von jeweils 5.000 £ wegen des Leids und der Angst, die durch das Wissen entstanden seien, dass der Staat in nicht zu rechtfertigender Weise intime Informationen über sie aufbewahrt habe, sowie für die Angst und die Belastung, die dadurch entstanden seien, dass sie die Angelegenheit gerichtlich verfolgen mussten.

133. Die Regierung brachte unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des Gerichtshofs (insbesondere *Amann / Schweiz*, a.a.O.) vor, dass die Feststellung der Verletzung per se bereits eine gerechte Entschädigung der Bf. darstelle, und unterschied den vorliegenden Fall von den Fällen, in denen eine Verletzung aufgrund der Verwendung oder der Offenlegung der personenbezogenen Informationen festgestellt worden sei (insbesondere *Rotaru / Rumänien*, a.a.O.).

134. Der Gerichtshof erinnert daran, dass er festgestellt hat, dass die Aufbewahrung der Fingerabdrücke und DNA-Informationen der Bf. ihre Rechte nach Art. 8 verletzt. Nach Art. 46 der Konvention wird der betroffene Staat unter Überwachung durch das Ministerkomitee geeignete allgemeine bzw. individuelle Maßnahmen zu treffen haben, um das Recht der Bf. und anderer Personen in vergleichbarer Lage auf Achtung ihres Privatlebens zu schützen (siehe *Scozzari und Giunta / Italien* [GK], Nr. 39221/98 und 41963/98, Ziff. 249, ECHR 2000-VIII, und *Christine Goodwin / Vereinigtes Königreich*, Nr. 28957/95, Ziff. 120, ECHR 2002-VI = HRLJ 2002, 72). Unter diesen Umständen ist der Gerichtshof der Auffassung, dass die Feststellung einer Verletzung, mit den sich für die Zukunft ergebenden Folgen, diesbezüglich als hinreichende gerechte Entschädigung angesehen werden kann. Der Gerichtshof weist die Forderung der Bf. nach immaterieller Entschädigung daher zurück.

B. Kosten und Auslagen

135. Die Bf. ersuchten den Gerichtshof auch, ihnen 52.066,25 £ [ca. 70.562,- Euro] für Kosten und Auslagen vor dem Gerichtshof zuzusprechen und legten zur Begründung ihrer Forderung detaillierte Unterlagen vor. Dazu gehörten die Kosten des Solicitors (15.083,12 £) und die Gebühren für drei Rechtsanwälte (21.267,50 £, 2.937,50 £ und 12.778,13 £). Folgende Stundensätze wurden zugrunde gelegt: Vom Solicitor der Bf. 140 £ (ab Juni 2007 auf 183 £ angehoben) und von den drei Anwälten 150 £, 250 £ und 125 £.

136. Die Regierung sah die Forderung der Bf. als völlig unangemessen an. Sie brachte insbesondere vor, dass die von den Anwälten erhobenen Sätze zu hoch seien und auf höchstens zwei Drittel des geforderten Betrags reduziert werden sollten. Sie brachte auch vor, dass in Bezug auf die Entscheidung der Bf., in einer späten Phase des Verfahrens noch einen vierten Anwalt zu beauftragen, keine Entschädigung zugesprochen werden sollte, da dies zu Doppelarbeit geführt habe. Die Regierung brachte vor, dass eine Kostenerstattung auf den Betrag auf 15.000 £ beschränkt werden, keinesfalls aber den Betrag von 20.000 £ überschreiten sollte.

137. Der Gerichtshof weist erneut darauf hin, dass nach Art. 41 der Konvention nur die Kosten erstattet werden

können, bezüglich derer festgestellt wurde, dass sie tatsächlich und notwendigerweise entstanden sind und der Höhe nach angemessen waren (siehe u.v.a. *Roche / Vereinigtes Königreich* [GK], Nr. 32555/96, Ziff. 182, ECHR 2005-X).

138. Einerseits waren die vorliegenden Beschwerden ziemlich komplex, da sie in einer Kammer und in der Großen Kammer geprüft werden mussten, was mehrere Runden von Stellungnahmen und eine mündliche Verhandlung umfasste. Die Beschwerde warf auch wichtige Rechts- und Grundsatzfragen auf, die einen großen Arbeitsaufwand erforderten. Insbesondere waren eine vertiefte Auseinandersetzung mit der aktuellen Diskussion über die Frage der Aufbewahrung von Fingerabdruck- und DNA-Informationen im Vereinigten Königreich sowie eine umfassende Vergleichsstudie des Rechts und der Praxis in anderen Vertragsstaaten sowie der einschlägigen Texte und Dokumente des Europarats erforderlich.

139. Andererseits ist der Gerichtshof der Auffassung, dass die geforderte Gesamtsumme von 52.066,25 £ unangemessen hoch ist. Insbesondere stimmt der Gerichtshof mit der Regierung dahingehend überein, dass die Bestellung des vierten Anwalts in dem späten Verfahrensstadium zu einer gewissen Arbeitsverdopplung geführt haben könnte.

140. Der Gerichtshof setzt die Summe nach Billigkeit und im Lichte seiner in vergleichbaren Fällen geübten Praxis fest und spricht den Betrag von 42.000,- Euro für Kosten und Auslagen zu, abzüglich der 2.613,07 Euro, die vom Europarat bereits als Verfahrenskostenhilfe gezahlt wurden.

C. Verzugszinsen

141. Der Gerichtshof hält es für angemessen, für die Berechnung der Verzugszinsen den Spitzenrefinanzierungssatz der Europäischen Zentralbank zuzüglich 3 Prozentpunkten zugrunde zu legen.

Aus diesen Gründen entscheidet der Gerichtshof einstimmig wie folgt:

1. Art. 8 der Konvention ist verletzt worden.
2. Es ist nicht erforderlich, die Rüge nach Art. 14 der Konvention gesondert zu prüfen.
3. Die Feststellung einer Verletzung stellt bereits per se eine hinreichende gerechte Entschädigung für den von den Bf. erlittenen immateriellen Schaden dar.
4.
 - a) Der betroffene Staat hat den Bf. binnen drei Monaten 42.000,- Euro für Kosten und Auslagen zu zahlen (einschließlich der den Bf. gegebenenfalls zu berechnenden Steuern), umgerechnet in Pfund Sterling zu dem am Auszahlungstag geltenden Kurs, abzüglich der 2.613,07 Euro, welche die Bf. bereits im Wege der Verfahrenskostenhilfe erhalten haben.
 - b) Nach Ablauf der vorgenannten Frist von drei Monaten bis zur Auszahlung fallen für den oben genannten Betrag einfache Zinsen in Höhe eines Zinssatzes an, der dem Spitzenrefinanzierungssatz der Europäischen Zentralbank im Verzugszeitraum zuzüglich drei Prozentpunkten entspricht.
5. Im Übrigen weist der Gerichtshof die Forderung der Bf. nach gerechter Entschädigung zurück.

An der Entscheidung wirkten mit die Richter: Costa (Franzose), Präsident; Rozakis (Griechen), Bratza (Brite), Lorenzen (Däne), Tulkens (Belgierin), Casadevall (Andorraner), Bonello (Malteser), Bîrsan (Rumäne), Vajić (Kroatin), Kovler (Russe), Pavlovski (Moldawe), Myjer (Niederländer), Jočienė (Litauerin), Šikuta (Slowake), Villiger (Schweizer, gewählt auf Vorschlag Liechtensteins), Hirvelä (Finnin), Bianku (Albaner) sowie stv. Kanzler O'Boyle.

Verfahrensdauer: innerstaatlich: 3 J.; in Straßburg: 4 J., 4 M.